



# Wucherzinsen am Girokonto So halten die Banken die Hand auf

Seite 2/3



**Geld für Bankerl statt für Banken.** Bei der Gemeinderatswahl verzichten KPÖ und Elke Kahr zugunsten der Aufstellung von Parkbänken auf Werbegeschenke.

**Gut für Graz. Elke Kahr.**





ZITIERT

„Mein Vater war ein Erzkomunist“. Frank Stronach über Toni Adelman, KPÖ-Aktivist in Weiz und Antifaschist (Profil)

„Schwarz-Grün hatte die Opposition aus den Aufsichtsräten städtischer Firmen geworfen. Nun, da die Koalition beendet ist, stimmen die Grünen unter Lisa Rucker bei einem Antrag mit, der das rückgängig macht.“ (Falter39/12)

„Wenn eine Gesellschaft nicht den vielen helfen kann, die sozial bedürftig sind, dann kann sie vielleicht bald auch nicht mehr die wenigen schützen, die wohlhabend sind.“ Klaus Engel, Chef des Chemiekonzerns Evonik und Vize-Präsident des Bundes der Deutschen Industrie

Der Mode-Medienwahlkampf Graz: BIPA-Schröck gegen L'Oreal Nagl. Klaus Strobl, VP-Bezirksvorstellvertreter Jakomini

WELTSPARTAG: GEHT UNS DAS GELD AUS?

# Geld für Bankerl statt

Wucherzinsen für das Girokonto, Minizinsätze für das Sparbuch – Was sie bei riskanten Finanzmarktgeschäften verspekuliert haben, holen sich die Banken von uns gleich doppelt zurück.

**I**n rund zwei Wochen wird der alljährliche Weltspartag gefeiert. Schon jetzt schicken Banken Brieflein aus, um ihre Kundinnen und Kunden in die Bank zu locken. Hupfburgen für die Kleinen, Volksmusikanten für die Großen werden auch heuer wieder für gute Laune sorgen.

**Sparen macht arm**

Wer noch Geld zum Sparen übrig hat, dem könnte die gute Laune bald vergehen. Zwar gibt es zahlreiche Angebote für Sparfreudige. Die Sparprodukte tragen zumeist auch klingende Namen, unterm Strich haben aber alle vor allem eines gemein: Sie machen arm!

Nur 0,125 % Zinsen bieten die Banken durchschnittlich für täglich fällige Gelder an. Ein Sparguthaben von 20.000 Euro würde sich auf diese Weise in fünf Jahren laut AK-Bankenrechner um 94,93 € vermehren. Bei einer Teuerungsrate von aktuell 2,3 % ergibt sich ein Verlust von rund 2.300 Euro!

Die „ZinsvorteilsCard“ der BAWAG P.S.K. bietet 0,5 % Zin-

sen für täglich fälliges Geld, kassiert aber pro Quartal 79 Cent an Spesen. „Sparbuch mit Hochzinsmanagement“ nennt die Denizbank AG ein Produkt, für das sie 1% an Zinsen gutschreibt. Das „Goldene Kapitalsparbuch“ der Volksbank Graz-Bruck mit gerade einmal 1,26 % bei einjähriger Bindung glänzt nur dem Namen nach. Beim „Weinreben-Prämien sparen“ (3 Jahre gebunden) der Raiffeisenbank Leibnitz mit 1,75 % an Zinsen kommt man eher zum Weinen als zum Weinberg.

**Billig geborgt – teuer verborgt**

Sparen ist also, wie man hier sehen kann, nicht erwünscht. Schließlich möchte der Staat, dass wir unser Geld ausgeben, denn damit soll die Wirtschaft angekurbelt werden. Zu diesem Zweck wurden europaweit die Leitzinsen, das sind jene Zinsen, zu welchen sich Kreditinstitute bei Noten- und Zentralbanken Geld leihen können, im Juli auf 0,75 % gesenkt.

In diesem Fall sollte also klar profitieren, wer einen Kredit aufnimmt. Aber weit gefehlt! So

bewegt sich der Sollzinssatz für einen Konsumkredit zwischen 4,6 und 5,75 %. Dazu kommen aber noch allerhand Spesen und Gebühren, wie Bearbeitungsgebühr, Kontoführungsgebühr usw., sodass der Effektivzinssatz, also die tatsächlich entstehende jährliche Belastung, schon einmal über die 7%-Marke hinauf-schnellt.

**18 % bei Überziehung**

Bleibt das Gehaltskonto, das schließlich jede/r hat. Zumind est hier können sich Konsumenten in Sicherheit wiegen – möchte man meinen. Doch leider ist dem nicht so. Denn wehe, der Kontostand rutscht ins Minus, schon rollt die Kostenlawine auf uns zu. Bis zu 18% verlangen manche Banken für den Fall, dass der Kontorahmen überzogen wird. (Zur Erinnerung: Sie selbst zahlen mit 0,75 % weniger als ein Prozent dafür, wenn sie sich Geld beim Staat holen.) Hinzu kommen Rücklastschriftspesen, Bearbeitungs- und Mahngebühren. 50 Euro für einen Mahnbrief sind keine Seltenheit. Wer so in die roten Zahlen kommt, kann leicht



**AUS DEM INHALT**

Vorsicht bei Unterschriften! ..... 4  
 Grazer Kostbarkeiten ..... 5  
 Aus dem Grazer Gemeinderat6/7  
 Neuer Glücksspielkonzern..... 8  
 Sozialpass - Sozialcard.....8/9  
 Was bringt die Holding Graz ..8/9  
 Aus den Stadtbezirken.....10/11  
 Wahl 2012: Die Liste 5..... 12-17  
 Hochhausgetto Webling ..... 18  
 Interview mit LKH West-  
 Betriebsräten..... 19  
 Aus dem Landtag .....20/21  
 So regiert die EU ..... 22  
 Berufsheer - Nein Danke! ..... 23  
 Fußballvereine: ASV Gösting... 24  
 Veranstaltungskalender ..... 25  
 Leserbrief // Impressum.....26/27  
 Aktion Gebührenstopp..... 28

**Schulden streichen!**

**Jubeljahr jetzt!**

**Das fordert die KPÖ:**

- Gesetzliche Begrenzung der Überziehungszinsen von Girokonten. Diese sollten höchstens fünf Prozent über dem Zentralbanksatz liegen.
- Gesetzliche Obergrenzen auch für Bearbeitungsgebühren und Mahnspesen.

**Das kassieren Politiker**

Die Politiker lassen sich die Vollstreckung der Bankenrettungs- und Sozial-Belastungspakete fürstlich entlohnen.

Landeshauptmann (SPÖ)	€ 15.504
LH-Stellvertreter (ÖVP)	€ 14.688
Landesrat (SPÖ, FPÖ, ÖVP)	€ 13.872
Bürgermeister Graz (ÖVP)	€12.648
Vizebürgermeisterin (Grün)	€ 10.608
Stadträte Graz SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne, KPÖ*	€ 9.792

(Monatliche Bruttobezüge, 14mal im Jahr)

\*KPÖ-Stadträtin Kahr behält davon 1.800 Euro/mtl für sich.

# für Banken!

<http://www.bankenrechner.at>



**Böse Überraschung:  
Wer spart, verliert.**

in die Schuldenfalle geraten.

## Wucherzinsen senken!

Diese Wucherzinspolitik der Banken muss eingedämmt werden. Die KPÖ verlangt eine gesetzliche Begrenzung der Überziehungszinsen beim Girokonto. Diese sollen höchstens fünf Prozent über dem Zentralbanksatz liegen dürfen. Auch Bearbeitungsgebühren und Mahnspesen müssten gesetzlich begrenzt werden. 2011 formulierte die Grazer KPÖ eine Petition an die Regierung, die im Gemeinderat von allen Parteien (!) unterstützt wurde. Bis heute hat die Bundesregierung nicht einmal reagiert.

## SCHWEIZER STUDIE: Österreicher haben viel weniger Geld als vor 10 Jahren

Das verfügbare Einkommen der Österreicher, also jenes Geld, das nicht fürs tägliche Leben aufgeht, ist in 10 Jahren seit der Euro-Einführung zwischen 20 und 35% gesunken. Das hat die Schweizer Großbank UBS in einer Studie festgestellt.

Während in geschmähten Krisenländern wie Spanien oder Griechenland das real verfügbare Einkommen gewachsen ist, stellt die UBS fest: „Österreich sieht alarmierend schwach aus.“

## MANAGER KASSIEREN MEHR

Die Gehälter der Manager in heimischen Unternehmen sind von 2010 auf 2011 um durchschnittlich neun Prozent gestiegen. Dabei kassierten die Vorstände von Voestalpine und Andritz AG am meisten, im Schnitt 2.130.000 Euro pro Mann(ager) und Nase. Auch beim Energiekonzern OMV und bei der Raiffeisenbank International (RBI) sprengen die Einkommen der Chefetagen neue Rekorde (siehe Tabelle).

Firma (ATX)	Kosten für Vorstand gesamt	Durchschnitt/Vorstandmitglied
Voestalpine	20,10 Mio. €	2,13 Mio. €
OMV	13,89 Mio. €	1,26 Mio. €
Andritz	11,05 Mio. €	2,13 Mio. €
RBI - Raiffeisen.	9,62 Mio. €	1,37 Mio. €
Strabag	7,74 Mio. €	1,29 Mio. €
Erste Group	6,07 Mio. €	0,87 Mio. €
Vienna Insurance	5,64 Mio. €	0,94 Mio. €
Uniqua	5,62 Mio. €	1,02 Mio. €

## MEINUNG

Wohnungsstadträtin Elke Kahr

## Seifenblasen oder klare Antworten



Liebe Grazerin! Lieber Grazer!

**E**s geht mir darum, auch in diesen Wochen eine ordentliche Arbeit zu machen. Das ist für die Menschen nämlich wichtiger als immer neue Werbesprüche.

Wer jetzt nur mehr von der Zukunft redet, will als Politiker anscheinend, dass die Menschen am 25. November vergessen, welche Versprechen er in den letzten Jahren nicht gehalten hat. Ein Zeugnis für seine Politik in den letzten Jahren würde nämlich nicht so gut ausfallen. Es gibt keine Zukunft ohne die Vergangenheit.

**Die Leute brauchen jetzt aber keine schönen Sei-**

**fenblasen, sondern Antworten auf konkrete Fragen.**

Sind die Spitzenpolitiker von ÖVP und SPÖ für die Privatisierung des LKH West oder dagegen? Wie ist die Haltung zu Kürzungen beim Wohnen durch das Land? Wie halten sie es mit der abenteuerlichen Schuldenpolitik der EU? Um diese Fragen darf man sich nicht herumdrücken. Vielleicht ist diese Haltung altmodisch – aber sie kommt mir sinnvoller vor als das übliche Wahlkampfgerede.

Ihre KPÖ-Stadträtin  
Elke Kahr

Tel. 0316 / 872 / 20 60



## Bankerl für Graz



© regine schödl - Fotolia.com

Während die Mächtigen einen Schutzschirm zur Rettung der Banken aufspannen, sagt die KPÖ Graz: **Geld für Bankerl statt für Banken!** Statt Wahlgewinne zu verteilen, werden Bankerl aufgestellt.

## KLEIN, aber MIT BISS



Die Deutsche Bank verspricht ihren Aktionären 12,5% Dividende. Warum können die Leute von solchen Lohn-erhöhungen nur träumen?

VERMIETER HAT ES EILIG ODER DROHT:

# Nichts unterschreiben, ohne Rat einzuholen

Aufregung herrschte in den letzten Wochen unter den Mietern eines Grazer Mehrparteienhauses. Grund dafür ist der neue Eigentümer ihres Wohnhauses, ein Grazer Unternehmer.

Eine Mieterin berichtet: „Ein Mann läutete an der Tür und stellte sich als neuer Eigentümer vor. Danach begann er sofort darüber zu klagen, dass das Haus in einem schlechten Zustand sei und er, um es sanieren zu können, die Mieten erhöhen müsse. Er hatte auch gleich ein entsprechendes Schriftstück mit, das ich leider unterschrieb.“

Leider kommt es immer wieder vor, dass sich Mieter von unseriösen Vermietern derart

überrumpeln lassen. Im konkreten Fall hätte sich der Vermieter mit seinem Wunsch, die Mieten wegen Sanierungsarbeiten zu erhöhen, an die Schlichtungsstelle der Stadt Graz wenden müssen. Dort prüft man zuerst, ob die von ihm beabsichtigten Arbeiten überhaupt notwendig sind sowie die Kostenvoranschläge, danach prüft man die Höhe der vom Vermieter zu bildenden Mietzinsreserve. Und nur, wenn diese für die erlaubten Erhaltungsarbeiten

nicht ausreicht, darf der Mietzins erhöht werden. Diesen seriösen Weg, der Mieter vor Übervorteilungen schützt, wollte sich der neue Hauseigentümer ersparen.

## Unsaubere Methoden

Um Mieter zu nötigen, Schriftstücke zu unterfertigen, bedienen sich Vermieter verschiedener Methoden. Während die einen sympathisch und nett auftreten, um eine Unterschrift zu bekommen, setzen andere auf unverhohlene Drohungen. Viele Mieter unterschreiben beispielsweise eine Kündigung, weil ihnen der Vermieter droht, sonst die Polizei zu holen, sie wegen Betruges anzuzeigen, die Wohnung gleich am nächsten Tag ausräumen zu lassen und noch einiges mehr. Solche Drohungen entbehren im Regelfall jeder Grundlage.

## Ohne Gerichtsverfahren keine Delogierung

Selbst wenn wirklich ein Mietrückstand bestehen sollte, muss man solche erzwungenen Kündigungen nicht unterschreiben. Ob ein Kündigungsgrund vorliegt oder wie hoch ein behaupteter Mietzinsrückstand wirklich ist, entscheidet das Ge-

Sollten Sie Fragen zum Thema Wohnen in Graz haben, wenden Sie sich bitte an das Büro von Stadträtin Elke Kahr (Rathaus, 2. Stock, Zi. 235, Tel. 0316 / 872-2060) oder an die städtische Wohnungsinformationsstelle (Schillerplatz 4, Tel. 0316 / 872-5450).

richt, nicht der Vermieter. Und IMMER gilt: Ohne Gerichtsverfahren keine Delogierung, egal aus welchem Grund. Sollte der Vermieter die Dreistigkeit besitzen, die Wohnung ohne gerichtlichen Beschluss in Abwesenheit des Mieters zu räumen, das Schloss auszuwechseln oder gar die Wohnungstüre auszuhängen, begeht er eine Besitzstörung, gegen die man sich sofort einfach Wehr setzen kann.

**Tipp: Bitte unterschreiben Sie nichts, ohne vorher eine Beratungsstelle wie das Büro von Stadträtin Elke Kahr im Rathaus oder die Wohnungsinformationsstelle (WOIST) am Schillerplatz 4 aufzusuchen. Lassen Sie sich von angeblichem Zeitdruck (wie z.B. „wenn Sie heute nicht unterschreiben, kann ich nicht mehr um Förderung ansuchen“) nicht täuschen. Ersuchen Sie den Vermieter, Ihnen das Schriftstück (Kündigungen, Mieterhöhungen, Einverständniserklärungen etc.) auszuhändigen, damit Sie es prüfen lassen können, bevor Sie unterschreiben. Ist er seriös, wird er nichts dagegen haben.**



Lassen Sie sich nicht unüberlegt zur Unterzeichnung von Verträgen drängen!

# Mieternotruf 717108

[www.kpoe-graz.at/mieternotruf](http://www.kpoe-graz.at/mieternotruf)

## Auf keinen Menschen vergessen!

Elke Kahr. **KPO**

Wir überprüfen Mietverträge und Betriebskostenabrechnungen sowie die Rechtmäßigkeit und Höhe von Provisionen, wir beraten bei Schikanen durch Vermieter, Kündigungen und Räumungsklagen. Wir helfen, wenn es Probleme bei der Kautionsrückzahlung gibt, aber auch bei anderen Fragen rund ums Thema Wohnen.

**Montag – Donnerstag bis 22.00 Uhr,  
an Wochenenden von 10.00 – 20.00 Uhr.**

## RAT UND HILFE

**Mieterschutzverband**

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30

[www.mieterschutzverband.at](http://www.mieterschutzverband.at)

**KOMPETENZ IN MIETERSCHUTZ**

## FRÜHWARNSYSTEM

**Alle sollen es warm und hell haben**

Die Stadt Graz appelliert an die Energie Graz und andere Stromversorger, im Falle eines Zahlungsrückstandes zu vermeiden, dass im Winter in finanziell schlechter gestellten Haushalten Strom, Gas oder Fernwärme abgeschaltet wird.

Stadträtin Elke Kahr: „Alle Grazer Stadtparteien haben sich dazu bekannt, dass im Winter niemand frieren oder im Dunkeln sitzen soll.“

Der Gemeinderat be-

auftragte KPÖ-Stadträtin Elke Kahr, Verhandlungen über ein Frühwarnsystem bei drohenden Strom- und Heizungsabschaltungen aufzunehmen.

Elke Kahr: *„Es ehrt uns, dass die anderen Parteien, die für sehr viele dieser Problembereiche zuständig sind, der KPÖ zutrauen, hier etwas zu erreichen. Mein Motto: Alle sollen es warm und hell haben.“*



Energiesparlampen sind teuer in der Anschaffung, ineffizient, gesundheits- und umweltschädlich. Trotzdem hat eine EU-Richtlinie ein Verkaufsverbot für herkömmliche Glühbirnen verhängt und zwingt uns, sie durch diese sog. „Kompaktstoffleuchten“ zu ersetzen.

Eine überparteiliche Initiative mit dem Namen „pro-gluebirne“ setzt sich für die Wieder- bzw. Weiter-Legalisierung von bewährten Leuchtmitteln wie Glühbirnen und Halogen-Glühlampen sowie für ein möglichst rasches Verbot von gefährlichen, quecksilberhaltigen Leuchtmitteln durch die Republik Österreich ein.

Diese Maßnahmen „haben durch die Republik Österreich unabhängig von Beschlüssen supranationaler Organisationen wie EU und WTO auf Basis des Subsidiaritätsprinzips zu erfolgen.“

Die Gesundheit und das Wohlbefinden der österreichischen Bürger sind das höchste Gut und haben über jeglichen Wirtschafts- und Gewinn-Interessen zu stehen“, heißt es im Petitionstext. Wer die Initiative unterstützen möchte, kann dies unter [www.pro-gluebirne.at](http://www.pro-gluebirne.at) tun.

**Grazer Altstadt-Kostbarkeiten**

Nicht allen Grazerinnen und Grazern bekannt ist die äußerst nette Zwerggasse, verborgen am Kopf der Merangasse. Besonders reizvoll darin die „Zwillinge“, ein Doppelhaus (Nr. 14 und 16), errichtet 1868 vom grandiosen Baumeister Jakob Bullmann. Gemeinderat Andreas Fabisch: „Angesichts der Gerüchte, das Haus Nr. 14 hätte eine unsichere Zukunft, möchte ich der Stadt Graz in Erinnerung rufen, dass es ihre Aufgabe ist, die Eigentümer schutzwürdiger Häuser an ihre Erhaltungspflicht zu erinnern. Leider ist es z.B. beim Kaiser-Franz-Josef-Kai 36 und beim Girardikeller bereits fünf vor zwölf!“



Nach zweijähriger Sperre ist die Rettenbachklamm in Graz-Mariatrost wieder für Wanderer geöffnet. Nachdem im Jahr 2010 durch Unwetter ein Großteil der Stege und Wegbefestigungen zerstört wurden, gab es zunächst eine längere Diskussion, wie dieser beliebte Wanderweg saniert werden soll. Letztlich haben sich Aktivbürger durchgesetzt, die für eine möglichst naturnahe – und auch kostengünstige – Variante eintraten. Mitglieder des Alpenvereins Graz haben in ehrenamtlicher Arbeit diese Grazer Naturschönheit der Bevölkerung wieder zugänglich gemacht. Die Rettenbachklamm erreicht man z.B. mit der Straßenbahnlinie 1, Haltestelle Waldhof, über Mariatrosterstraße und Steingrabenweg.



SATIRE  
von Günter Eichberger

# ABSOLUT NAGL

**Der Bürgermeister zieht den „Aufsteirern“-Janker aus und legt sein Captain-Cook-Kostüm an.**

„Die Mur ist rau, der Wahlkampf kurz. Damit ich gegenüber den Mitbewerbern in der Überzahl bleibe, habe ich mich entschlossen, gleich das ganze politische Spektrum abzudecken und die Programme der anderen zum Zwecke lückenloser Propaganda in meine Wahlkampfauftritte zu integrieren. Wenn schon nicht streng inhaltlich – denn um Inhalte geht es bei Persönlichkeitswahlkämpfen bekanntlich nicht –, so doch dem Erscheinungsbild nach. Bei den Piraten ist das einfach, wie man an meiner Augenklappe sehen kann. Ich segle unter schwarzer Flagge. Und ich bin für totale Transparenz, so lange die Wirtschaft nicht darunter leidet. Ich bin selber durchsichtig wie meine Absichten. Ich repräsentiere die Basis der Demokratie, ich befrage das Volk wenn nötig wöchentlich, bis es mir die gewünschte Antwort gibt.“

Für die Umwelt bin ich sowieso, darum auch für das umweltverträgliche Murkraftwerk. Graz bekommt seine Moschee, damit ich die Muslime im Auge behalten kann. Graz war ja immer das letzte Bollwerk des Abendlandes. In diesem Abwehrkampf kann niemand mit mir mithalten, da werden sich andere orange und blau ärgern, mein Schwarz erreichen die nie. Schwarz ist ja physikalisch gar keine Farbe, aber politisch die färbigste von allen. Schwarz kann konservativ, anarchistisch und faschistisch schillern. Fehlt noch was? Wie bringe ich noch Rot hinein? Durch Rouge auf meinen Wangen? Nein, ich werde ein wenig vom christlichen Urkommunismus predigen. Und mir eine Kappe aufsetzen. Alle Macht dem Volk! Und das Volk bin ich. Wenn ich endlich absolut regieren darf!

Vielleicht halte ich mir noch eine Anonymous-Maske vors Gesicht. Dann bin ich für wirklich alle wählbar.“

Günter Eichberger wurde am 15. September 1959 in Oberzeiring geboren. Er studierte in Graz Germanistik und Anglistik und lebt hier als freier Schriftsteller. Seit seinem Debütroman „Der Wolkenpflieger“ veröffentlichte er neben Theaterstücken und Hörspielen auch eine Reihe von Prosabänden. Als „Stadtflaneur“ kommentierte er jahrelang das Grazer Geschehen in der Kleinen Zeitung.



## AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

### Haus Graz: Verschlussene Türen

Mit dem „Haus Graz“ wurden 100% der Daseinsvorsorge der Stadt Graz in die Holding Graz GmbH ausgelagert und auf privatrechtliche Basis gestellt. Die Opposition wurden von der schwarz-grünen Regierungskoalition aus den Aufsichtsräten ausgeschlossen. Für Parteien, welche nicht im Aufsichtsrat vertreten sind, gibt es aber kaum Zugang zu Informationen. KPÖ-Gemeinderätin



KPÖ-Gemeinderätin  
**Ina Bergmann**

Ina Bergmann: „Deshalb fordert die Grazer KPÖ, dass eine Vertretung aller Gemeinderatsfraktionen im Aufsichtsrat der Holding verbindlich festgeschrieben wird.“ Außer der ÖVP stimmten alle Parteien diesem Antrag zu, selbst die Grünen, die nach dem Bruch der Koalition um ihre Pfründe fürchten.

### Kleinvereine fördern

Kleine Sportvereine haben es schwer. Trotz zahlreicher ehrenamtlicher Tätigkeiten von Sportlerinnen und Sportlern sowie Funktionären kämpfen die kleinen Vereine ums finanzielle Überleben. Gemeinderat



**Andreas Fabisch (KPÖ)** beantragte, dass die Stadt Graz kleine Sportvereine künftig besser fördern soll: Durch die Erlassung der Grundsteuer bzw. die Reduzierung von Betriebskosten (Müll, Wasser u.a.).

### Mit dem 5er...

...zum Einkaufen ins Shopping Center West? Anlässlich des geplanten Umbaus des EKZ forderte KPÖ-Gemeinderat **Manfred Eber**, dass Bürgermeister Nagl mit den neuen Eigentümern in Verhandlungen tritt, um ei-



ne Kostenbeteiligung bei der Realisierung der Verlängerung der Straßenbahnlinie 5 von Puntigam auf das Areal des Einkaufszentrums zu erreichen. Für dieses Vorhaben wurde ja seinerzeit eigens eine Trasse freigehalten.

**TATORT**  
Arbeitsplatz 

**Beratung in Fragen von ARBEIT und BERUF**

Termine unter Tel. **0660 / 1426 080**  
E-Mail: [glb@glb-steiermark.at](mailto:glb@glb-steiermark.at) • <http://www.glb-steiermark.at>

**GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK**  
STEIERMARK IM OGB



## AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

## Länger lesen

Zumindest einmal in der Woche soll die Stadtbibliothek Graz West in der Eggenberger Allee bis 19.00 Uhr geöffnet haben, um auch Berufstätigen die Möglichkeit zu geben, nach der Arbeit noch Bücher auszuleihen.

Dies forderte Gemeinderätin Uli Taberhofer (KPÖ) vom Bürgermeister. Außerdem regte sie die Einrichtung eines seniorenspezifischen Schwerpunktes in einer der Zweigstellen der Stadtbibliothek an.



## Mit der Tram zur Stadthalle

Im Jänner forderte Gemeinderat Christian Sikora (KPÖ) im Gemeinderat eine bessere Öffi-Anbindung zu und von Veranstaltungen in der Grazer Stadthalle. Jetzt wurde eine entsprechende Vereinbarung zwischen Graz Linien und Messebetreibern geschlossen, der zufolge es bei größeren Veranstaltungen in der Stadthalle eine Taktverdichtung bei den öffentlichen Verkehrsmitteln geben soll. Außerdem gilt die **Eintrittskarte zwei Stunden vor bis zwei Stunden nach Ende** von Veranstaltungen als Fahrkarte für alle öffentlichen Verkehrsmittel der Tarifzone 101.



**Die Staustufe in Puntigam: Ein Projekt, das viel kostet und wenig bringt.** Rund 500 Menschen setzten gemeinsam mit „Rettet die Mur“ ein deutliches Zeichen für die Natur und gegen eine Verbauung auf Kosten der Stadt. Die Hauptforderung der Plattform richtet sich an den neuen Vorstandsvorsitzenden der Energie Steiermark. *Kein Murkraftwerk! - Herr Purrer, gehen wir einen neuen Weg*, stand auf dem großen Transparent vor dem Demonstrationszug. Von seinem Vorgänger wurde er in ein Projekt gedrängt, das nicht nur den Grazern schadet, sondern auch weit teurer ist, als vergleichbare Projekte.

Während wir mit Wasserkraft – die bei der Staustufe Puntigam vor allem exportiert werden soll – bereits bestens versorgt sind, wäre es an der Zeit auf alternative Energien zu setzen: Eine Verbauung der Dachflächen des Puch-Magna-Werkes mit Photovoltaik-Zellen ließe dieselbe Energieausbeute erwarten.



## MEINUNG



Von Kurt Luttenberger,  
Arbeiterkammer-  
rat des GLB

## Sozialabbau pur!

Die aktuellen Kollektivvertragsverhandlungen in der Metallbranche sind in einer kritischen Situation. Das geht uns alle an. Kapital und Unternehmen haben es geschafft, die Verhandlungen in einzelne Fachbranchengespräche aufzuspalten. Dies werden künftig auch andere Fachbereiche der Wirtschaft und Industrie nachmachen wollen. Statt einheitlicher Kollektivverträge für ganze Fachgebiete droht die Zersplitterung in Bereiche, wo mehr gezahlt und wo weniger gezahlt wird.

Die Kaufkraft der arbeitenden Menschen sinkt derzeit drastisch. Entsolidarisierung und Armut machen sich zunehmend breit, während Banken und Spekulanten fast schon auf Zuruf mit Milliarden an Steuergeldern ausgestattet werden. Bund und Land kürzen Leistungen für Familien, Bildung, Gesundheit und Pflege.

Am 6. Oktober 2012 fand ein österreichweiter Aktionstag gegen den permanenten Sozialabbau statt. Auch in Graz gingen Menschen – darunter viele Gewerkschafter – gegen die geplante landesweite Budgetkürzung auf die Straße. Die Plattform 25 und viele Organisationen und Vereine riefen zur Teilnahme auf. Traurig ist dabei nur, dass der ÖGB Steiermark und seine Fachgewerkschaften sich dem Aufruf zur Teilnahme nicht angeschlossen haben, meint

**Kurt Luttenberger, AK- Rat,  
GLB-Steiermark**

## GLÜCKSSPIEL: SPÖ, ÖVP UND STRONACH Neuer Glücksspielkonzern

Das „Kleine Glücksspiel“ stürzt tausende Familien ins Elend. Die Automatenbetreiber verdienen damit Milliarden. Nun drängt mit Frank Stronachs „Mercur Entertainment AG“ ein weiterer großer Glücksspielkonzern auf den Markt und kämpft um Lizenzen zur Aufstellung von Automaten.

Der Widerstand der Bevölkerung gegen das so genannte „Kleine Glücksspiel“ und die unzähligen Wettcafés wird immer größer. Trotzdem schiebt die Landespolitik das Thema auf die lange Bank.



Anlässlich der Eröffnung von vier neuen Spielhöhlen in Graz protestierte die KPÖ.

Versuche der Landes-KPÖ, keine neue Lizenzen an Glücksspielfirmen zu vergeben, wurden von SPÖ und ÖVP in einen Ausschuss verschoben, der nichts weiterbringt – weil Voves und Schützenhöfer am Kuchen der

Automatenkonzerne mitnaschen wollen.

Die KPÖ setzt sich seit Jahren für ein Verbot dieser Geschäftspraktiken ein. Gesetze zum Schutz der Spieler werden umgangen, Jugendliche zum Spielen animiert.

## BEHARRLICHKEIT BEIM SOZIAL Die Sozial

Vor rund zwanzig Jahren, am 13. Mai 1993, stellte die Elke Kahr (damalige Gemeinderätin) erstmals den Antrag, einen Sozialpass für Menschen mit geringem Einkommen einzuführen. Seit 1. Oktober gibt es ihn endlich.

Am 20. September 2012 ist der Sozialpass unter dem Namen SozialCard einstimmig vom Gemeinderat beschlossen worden. „Die allgemeine Freude darüber, dass es die Sozialcard jetzt – nach fast 20 Jahre andauernden Bemühungen der KPÖ – gibt, zeigt, dass die Ideen der KPÖ nicht die schlechtesten sind“, kommentierte Stadträtin Elke Kahr mit einem Augenzwinkern die Erfolgsmel-

dungen anderer Parteien in diversen Medien anlässlich dieses Beschlusses. Trotzdem räumt die Wohnungsstadträtin ein: „Hätten am Ende nicht doch alle Fraktionen an einem Strang gezogen, wäre die Realisierung der SozialCard nicht möglich gewesen. Wichtig ist für die Zukunft, dass die Sozialcard zum Fixpunkt in unserer Stadt wird!“, betont Kahr. Sie strebt eine Ausweitung um Ver-

## KRIMI IN DER WELT DES GLÜCKSSPIELS

### Der Bestseller

Der steirische Autor M.C. Lachmann hat einen Krimi veröffentlicht, der sich mit dem Problem der Spielsucht, aber auch mit den Konzernen beschäftigt, die sich am Leid der Betroffenen bereichern.

Die Idee dazu ist Lachmann vor vielen Jahren gekommen, als er am Grab eines Freundes stand, der sich in Folge seiner Spielsucht das Leben genommen hatte.

Er begann seine Recherchen in diversen Spielsalons – um sich selbst ein Bild zu machen. Um mit Spielern unauffällig ins Gespräch zu kommen begann er mit dem Spielen und verfiel selbst der Spielsucht. Die Folgen: 35.000 Euro Verlust, Scheidung und Jobverlust.

Als M. C. Lachmann 2007 seine große Liebe kennen-



lernte, hörte er mit dem Spielen auf schrieb den nun vorliegenden Krimi. Das Buch erschien am 1. Juni 2012. Erhältlich im

Buchhandel und in fast allen Grazer Trafiken. **Bestellung um 14,90 Euro auf der Webseite [www.derbestseller.at](http://www.derbestseller.at)**

**M.C. Lachmann, Der Bestseller, 14,90 Euro.**  
Der Autor hat uns einige Exemplare von „Der Bestseller“ zur Verfügung gestellt. Den ersten, die Erfahrungen mit Spielsucht gemacht haben, und die ein Mail mit dem Betreff „Bestseller“ an [georg.fuchs@stmk.gv.at](mailto:georg.fuchs@stmk.gv.at) schicken, schicken wir ein Exemplar zu.

## GRAZER ZAHLEN MEHR, BE

### Das hat uns „Hold

Rund zwei Jahre ist es her, seit unter dem beschönigenden Titel „Haus Graz“ eine Umstrukturierung beim Magistrat und die Ausgliederung fast aller Bereiche der Daseinsvorsorge in die Holding Graz GmbH stattgefunden hat. Eine Bilanz

Einsparungen sollen das „Haus Graz“ bringen, Verbesserungen des Services für die Bevölkerung – und keinerlei Nachteile für die Beschäftigten. Nach Veröffentlichung des jüngsten Rechnungshofberichtes, der auf Betreiben der KPÖ im Kontrollausschuss beantragt wurde, macht sich allerdings Ernüchterung breit. Zwar sind die Einsparungen sogar größer ausgefallen als geplant, doch auf wessen Kosten?

### Arbeitsplätze vernichtet

Die Holding Graz weist darauf, beim Personal gespart zu haben, indem zahlreiche Dienstposten nicht oder zu wesentlich schlechteren Bedingungen für die Beschäftigten nachbesetzt und Leiharbeiter beschäftigt wurden. Die Verantwortlichen des „Hauses Graz“ rühmen sich, 108 Arbeitsplätze vernichtet zu haben! In den Etagen der Geschäftsführung hat sich nichts



PASS HAT SICH AUSGEZAHLT

# Card ist da!

## SOZIALCARD



- 2 Heizkostenzuschuss im Rahmen der Brennstoffaktion der Stadt (derzeit € 65,-)
- 3 Schulstartgeld (derzeit € 51,- pro Schulkind)
- 4 Weihnachtsbeihilfe (€ 100,-)
- 5 Aktion „Österreich Tafel“
- 6 Teilnahme an der Aktion „Hunger auf Kunst und Kultur“

### SozialCard – Wer?

Wer seit mindestens sechs Monaten in Graz den Hauptwohnsitz hat, über 18 Jahre ist und ein Einkommen von höchstens 912,60 Euro hat, kann die SozialCard beantragen.

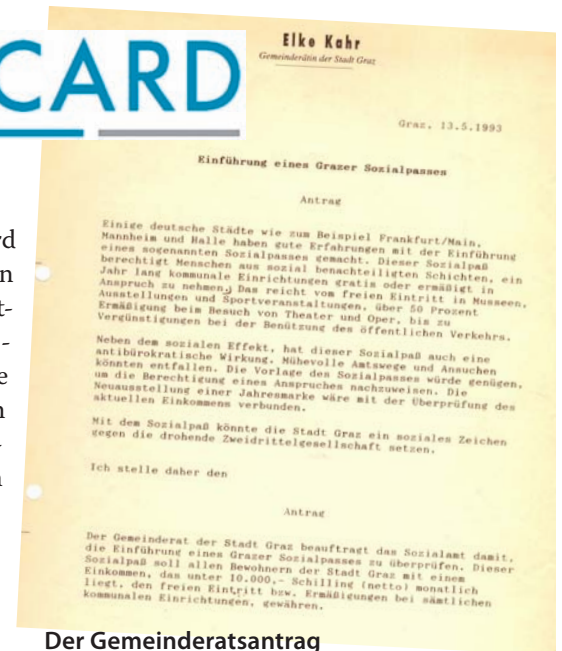
### Wo gibt's die Sozialcard?

Anträge können im Amtshaus in der Schmiedgasse gestellt oder das Formular unter [www.graz.at/sozialcard](http://www.graz.at/sozialcard)

[www.graz.at/sozialcard](http://www.graz.at/sozialcard) heruntergeladen werden. Mindestsicherungsbezieher erhalten die Karte an ihrem Schalter, Berechtigte nach dem Behindertengesetz im Behindertenreferat, alle anderen bekommen die Karte im Büro für SozialCard-Anträge.

### Was ist mitzubringen?

Vorzuweisen sind Passfoto, Lichtbildausweis und Einkommensnachweis: Das ist z.B. Mindestpensionsbescheid, Nachweis über den Bezug von Sozialhilfe



Der Gemeinderatsantrag von Elke Kahr vom 13. Mai 1993 (!)

günstigungen im Sport- und Freizeitbereich (z.B. Städtische Freibäder) sowie die Berechtigung zur Einnahme einer günstigen Mahlzeit am Tag an.

### Was kann der Sozialpass?

SozialCard-Inhaber sind zum Bezug folgender Leistungen berechtigt:

- 1 Ermäßigte Jahreskarte der Graz Linien um € 50,- pro Jahr (wird ab 1. November durch die Graz Linien administriert und eingehoben)

oder Mindestsicherung sowie GIS-Befreiungsbescheid. Wer keine GIS-Befreiung hat, muss diese erst beantragen! Nähere Infos zur SozialCard gibt es auch unter der Hotline 0664/88 68 53 39 oder 0664/88 68 53 40.

## KOMMEN ABER WENIGER ing Graz“ beschert

geändert. Hier werden nach wie vor Super-Gehälter gezahlt!

### Müllcontainerschwund

Damit man mit weniger Arbeitskraft auskommt, müssen Leistungen eingeschränkt werden. Nach und nach verschwinden Müllcontainer vom öffentlichen Grund, Abfuhrintervalle werden verlängert, Mistkübel werden reduziert. So berichtete die Kleine Zeitung bereits im Februar von Straßen, in die sich die Straßenreinigung nur mehr zweimal im Jahr verirrt.

### Bitte zahlen!

Dessen ungeachtet wird die Grazer Bevölkerung ungeniert zur Kassa gebeten. So hat die Ende letzten Jahres noch bestehende schwarz-grüne Rathaus-

koalition eine Tarifautomatik eingeführt. Ohne Diskussion und Zustimmung des Gemeinderates werden die Tarife für Kanal- und Müllgebühren künftig Jahr für Jahr automatisch erhöht. Daher hat die KPÖ eine Unterschriftenaktion für Tarif- und Gebührenstopp gestartet.

Während die Leistungen für die Allgemeinheit eingeschränkt werden, setzt man bei der Holding verstärkt auf Kommerzialisierung, z.B. im Freizeitbereich. Ein kostspieliger Umbau des Café Rosenhain sollte einen gesalzenen Pachtzins sichern und künftige Pächter zwingen, für ihr Angebot gehobene Preise



Die Stadtwerke-Privatisierung ist nicht nur finanziell für die Stadt ein Wahnsinn, sie verschlechterte auch die Leistungen für die Bevölkerung.

zu verlangen. Nur aufgrund heftiger Proteste der Bürgerinitiative „Rettet das Rosenhain“ wurde das Vorhaben auf Eis gelegt.

### Kontrolle entgleitet

„Wir haben stets davor gewarnt, Leistungen, die für alle Grazer lebenswichtig sind, pri-

vatwirtschaftlichen Strukturen zu überlassen“, so KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann. Eine Sicherung der Daseinsvorsorge kann nur durch ihre Rückkehr in den öffentlichen Wirtschaftsbereich und unter die demokratische Kontrolle durch den Gemeinderat gewährleistet werden.

Stadtblatt  
SERVICE

## Heizkostenzuschuss erhöhen!

Zwischen 100 und 120 Euro beträgt der Heizkostenzuschuss des Landes Steiermark. Das ist angesichts der hohen Energiepreise keine große Summe, aber für viele Steirerinnen und Steirer eine wichtige Hilfe in der kalten Jahreszeit.

Allerdings ist der Bezug sehr beschränkt: Ein Ehepaar, das mehr als 1.425 Euro – Urlaubs- und Weihnachtsgeld eingerechnet – im Monat zur Verfügung hat, bekommt keinen Heizkostenzuschuss mehr. Ein Ehepaar, das sich an die KPÖ gewendet hat, hat im Monat um 7 Euro(!) zu viel, und das bei einer gemeinsamen Pension von 1228,20 Euro im Monat.

Die KPÖ setzt sich für eine Erhöhung der Bezugsgrenzen ein. Vor allem ist aber eine Senkung der Strom- und Gaspreise im Bereich des steirischen Energieversorgers das Gebot der Stunde. Unter Landeshauptmann Voves wurden die Energiekosten seit 2005 ständig erhöht, obwohl der Strom im Großhandel billiger wurde.

**Heizkostenzuschuss des Landes, Info: Sozial-Service-Stelle des Landes. Tel.: 0800/201 010**

**Brennstoffaktion der Stadt Graz, Infos: Sozialamt der Stadt Graz, Telefon: 0316/872-6310**  
Service-Stellen der Stadt Graz (Bezirksämter) sowie Service-Center Schmiedgasse

## INNERE STADT



### Gefährliche Situationen

Das Nebeneinander von Radweg und Haltestelle in der Wickenburggasse (Haltestelle Keplerbrücke) führt oft zu gefährlichen Situationen. Buspassagiere müssen dort nämlich einen Radweg überqueren. Durch die Zunahme des Radverkehrs ist es nicht ungefährlich – auch für Radfahrer, die abrupt bremsen müssen. KPÖ-Bezirksvorsteherstellvertreter Alfred Strutzenberger regt an, hier für eine Entflechtung zu sorgen. Zumindestens müssen die Radfahrer vor-

gewarnt werden, dass sie eine Bushaltestelle (58, 63) durchqueren.

### Veranstaltungsrichtlinie

Die Veranstaltungsrichtlinie ist wie der Emmentaler Käse: voller Löcher. Besonders am Hauptplatz jagt ein Event den anderen. Auf die Anrainer wird immer weniger Rücksicht genommen. Strutzenberger: „Für »Aufsteirern« habe ich Verständnis. Wer sagt aber, dass diese Veranstaltung auf drei Tage ausgedehnt werden soll? Die reine Trachtenmode-schau »Pracht der Tracht«

## PUNTIGAM/STRASSGANG

### Hafnerstraße: Gehsteig-Lückenschluss!

Die Hafnerstraße verbindet die Bezirke Strassgang und Puntigam und führt durch ein zunehmend stark verbautes Wohngebiet. Die Straße bietet für die dort wohnenden Grazer auch Zugang zu einer kleinen Erholungszone: Dort befinden sich die Heimgartenanlagen Mayffredy und „Frohe Zukunft“, sowie ein öffentlicher Sportplatz und ein kleiner Park der Stadt Graz.

Nun kommt es durch das verstärkte Verkehrsaufkommen, auch von und zu den angrenzenden Großfirmen, mehrmals am



Tag zwischen dem Staudenweg und dem öffentlichen Sportplatz gegenüber der Firma Fresenius zu sehr gefährlichen Verkehrssituationen, weil in diesem Bereich ein Gehsteiglückenschluss fehlt. Seit dem Frühjahr 2011 gibt es eine Bürgerinitiative, die hunderte Unterschriften für die Errichtung eines Gehsteigs gesammelt hat – bisher leider ohne Erfolg! **KPÖ-Gemeinderat Christian Sikora** fordert die rasche Schließung der Gehsteiglücke in der Hafnerstraße, um Fußgängern eine gefahrlose Benutzung zu ermöglichen.

## Aktuelles aus den Grazer Bezirken

## LEONHARD

### Fahrgast-Stau

hat nur mehr sehr wenig mit Volkskultur, aber sehr viel mit den Geschäftsinteressen einiger Firmen zu tun. Dafür sollten wir uns nicht tagelang beschallen lassen.“



Alfred Strutzenberger

Seit Schulbeginn herrscht in St. Leonhard wieder das allmorgendliche Öffi-Chaos, vor allem entlang der Linie 1, wo sich viele Schulstandorte befinden. „Viele Schülerinnen und Schüler kommen zu spät zum Unterricht, einfach weil die Straßenbahnen überfüllt sind“, erklärt Andreas Nitsche von der KPÖ St. Leonhard. Er fordert, Busse in den morgendlichen Stoßzeiten einzusetzen, um die Situation zu entschärfen.

## JAKOMINI

### Halsbrecherisches WC Jakominiplatz

Die WC-Anlage am Jakominiplatz ist unzumutbar“, kritisiert **Nikolaus Dornhofer** von der KPÖ Jakomini. Von Müttern mit Kinderwagen kann sie nicht benutzt werden, weil kein Lift vorhanden ist und auch keine andere Möglichkeit besteht, einen Kinderwagen mit nach unten zu nehmen. Das Personal ist oft unfreundlich, Sauberkeit und Hygiene lassen immer wieder zu wünschen übrig. Dornhofer: „Dafür auch noch bezahlen zu müssen, ist nicht akzeptabel.“



### Gefahrenquelle

Ein Antrag der KPÖ wurde im Bezirksrat Jakomini einstimmig angenommen: Das Gebüsch in der Conrad-von-Hötzendorfstraße, welches die Straßenbahntrasse von der Fahrbahn trennt, stellt eine Gefahr dar, weil meist Fahrgäste der Straßenbahn durch die Lücken im Gebüsch ungesichert die Straße betreten. Nun soll das Gebüsch neu angepflanzt und die Lücken gefüllt werden.



## Aktuelles aus den Grazer Bezirken

### WETZELSDORF **Bezirkszentrum zugesperrt**

**Wohin entsorgen Sie Ihr Altöl, Herr Bürgermeister?**

Der Bürgermeister hat den Großteil der Bezirksämter zum Nachteil besonders der älteren und weniger mobilen Bevölkerung zugesperrt. Gleichzeitig wurden auch die Abgabestellen für gebrauchtes Speiseöl – früher in den Bezirksämtern – liquidiert. Der Verdacht liegt nahe, dass die Bevölkerung Altöl nun in ihre WCs entsorgt; Wohin sonst? Niemand fährt mit den Öffis mit einem stinkenden Ölkäner in der Hand durch Graz. Was hier „eingespart“ wurde, kostet bei der Sanierung der Kläranlage das Vielfache.

Früher gab es in Wetzelsdorf das Postamt, die Bibliothek, das Bezirksamt – alles abgesiedelt oder zugesperrt. Durch die Verlegung der „Servicestelle“ vier Kilometer in einen anderen Bezirk können viele Menschen das Service des Bezirksamts nur erschwert oder gar nicht in Anspruch nehmen.

Die „Ersparnis“ der Stadt scheint sich in Grenzen zu halten, denn seit vielen Monaten stehen Bezirksamt und Bibliothek ungenutzt leer. Nur manchmal scheinen noch die Geister der alten Verwaltungsstelle zu spuken: Oft brennt Licht, fallweise gehen Leute ein und aus.

Günther Leber, Bezirksrat in Wetzelsdorf



### STRASSGANG

#### Betonmischanlage

Der Bescheid der Stadt Graz zur Errichtung einer Transportbetonmischanlage in der Gradnerstraße (von den Anrainern bereits 2009 schärfstens kritisiert) wurde vom Verwaltungsgerichtshof gekippt und an die erste Instanz zurückverwiesen.

**Gemeinderat Andreas Fabisch (KPÖ)** ist erfreut: „Die ursprünglichen Ermittlungen der Stadt Graz waren eindeutig falsch und die Anrainer mit ihren berechtigten Sorgen finden sich nun von höchster Instanz bestätigt.“



### ANDRITZ

#### Oberandritz: Bürgerprotest

Eine Neuasphaltierung der Weinitzenstraße und eine Rückstufung der Gewichtsbeschränkung für die Weinitzenstraße auf 7.5t wie vor dem Brückenneubau – das fordern 160 aufgebrachte Bürger von Oberandritz in einer Unterschriftenaktion.

Durch den Brückenneubau von der Radegunderstraße zur Weinitzenstraße kommt es zu starken Lärm-

belästigungen, vor allem durch den zugenommenen Schwerfahrzeugverkehr: + 50% gegenüber dem Vorjahr. Da auch noch im Vorjahr die Weinitzenstraße durch die Erneuerung der Wasserleitung aufgedigelt wurde und die abschließenden Asphaltierungsarbeiten mangelhaft ausgeführt wurden, ist die Lärmbelästigung jetzt unerträglich geworden.



### JAKOMINI

#### Schach im Augarten

Früher wurde im Augarten Schach gespielt, doch mussten die Schachische dem Kindermuseum weichen. Die Schachische waren sehr beliebt und wurden sowohl von sehr guten Spielern als auch von Lernenden genützt. Da die Tische und Bänke überdacht waren, konnte man auch bei Schlechtwetter Schach spielen.

Schach ist eine Sportart für das ganze Leben, die Generationen verbindet. Daher treten wir dafür ein, dass im Augarten unbedingt wieder Tische und Bänke für das Schachspiel aufgestellt werden sollen.



Foto: Bezirksrätin Edeltrud Taschner

#### Fußball ohne Tor

Schon lange wurde von der Stadt versprochen, Tore auf der großen Wiese im Grazer Augarten aufzustellen. Bis heute ist jedoch nichts passiert. Fast täglich, besonders am Wochenende, wird hier Fußball gespielt. „Pullis, Decken und Wasserflaschen werden

als Tore verwendet“, sagt Nikolaus Dornhofer von der KPÖ Jakomini. „Wenn man bedenkt, dass Traditionsvereine wie Sturm oder Grazer Sportklub hier begonnen haben, ist es traurig, wie lange die Stadtregierung hier säumig ist“, so Dornhofer.

### GEIDORF

#### Café Rosenhain: Wichtiger Teilerfolg

Der Druck der Bürgerinitiative Rettet das Rosenhain hat Wirkung gezeigt. Bürgermeister Nagl und die Holding Graz planten eine Totalsanierung um 550.000 Euro. Nach dem Umbau des Grazer Schloßbergrestaurants in ein hochpreisiges Design-Lokal und den Er-

fahrungen am Hilmeich schrillten bei vielen die Alarmglocken. Mehr als 3.000 Unterschriften brachten Nagl schließlich zum Einlenken: Der Aufsichtsrat der Holding Graz fasste keinen Finanzierungsbeschluss. Nun, so Nagl, sollen die Bürgerinitiative und die Pächterfamilie eingebunden werden. Viele bleiben skeptisch: „Jetzt kommt es darauf an, dass fixe Zusa-



Hanno Wisiak (KPÖ Geidorf)

gen gemacht werden, die auch über den Wahltermin am 25. November hinaus halten. Die aktuelle Entscheidung muss mehr sein als eine Verschnaufpause für Nagl“, so Hanno Wisiak von der KPÖ Geidorf.



LEISTBAR NUR FÜR G'STOPFTE?  
LEBENSWEIT NUR FÜR SPIESSER? **NEIN!**

# GRAZ GEHÖRT UNS ALLEN!



Wir wollen ein **sozialeres, lebendigeres und bunteres Graz** und keine fade Provinzstadt, wie sie Bürgermeister Nagl plant. An der Spitze der zahlreichen KPO-JugendkandidatInnen stehen die 21-jährige Bäckerin **Martina Thomüller** und der 25-jährige Student Robert Krotzer.



**FÜR DIE INTERESSEN DER JUGEND:**  
Im Gemeinderat und auf der Straße!



**ÖFFI-PREISE  
SENKEN!**



**LÖHNE RAUF -  
MIETEN RUNTER!**



**BEATS GEGEN NAGL**

Damit Graz unter Bürgermeister Nagl nicht zu einem faden Provinznest wird, organisieren wir Partys mit guter Musik zu leistbaren Preisen - ganz ohne Verbote!



**Aktiv  
gegen  
rechts!**

antifascista siempre!



**DU WILLST BEI  
UNS MITMACHEN?**  
Ganz einfach: Schreib  
uns an [graz@kjoe.at](mailto:graz@kjoe.at).  
Wir freuen uns auf dich!

EINE KAMPAGNE VON:

**KJÖ & KSV**

WEITERE INFOS & KONTAKT:  
[ROTWILD.ST](http://ROTWILD.ST)  
[FACEBOOK.COM/ROTWILD.ST](http://FACEBOOK.COM/ROTWILD.ST)

**Elke Kahr**  
**KPO**  
**WÄHLEN!**



Eine Tür für Hilfesuchende.  
Nicht nur vor Wahlen offen.

*Liebe Grazerin! Lieber Grazer!*

*Am 25. November wählen wir in Graz den Gemeinderat und die Bezirksräte. Viele Menschen wollen aber gar nicht hingehen. Die Politiker sind bei ihnen unten durch. Korruption, Gaunereien, Privilegien, Sozialabbau und leere Versprechungen. Das stößt viele ab.*

*Was passiert, wenn die Unzufriedenen nicht zur Wahl gehen? Es bleibt alles wie es ist, die großen Parteien führen aus, was Banken und Immobilienbranche vorgeben. Dadurch werden die Starken noch stärker, die alltäglichen Sorgen der Menschen bleiben ungehört.*

*Die KPÖ geht einen anderen Weg. Wir sind für die Menschen da, die keine Lobby haben. Nicht nur für Hilfesuchende, auch für Sie und Ihre Ideen und Vorschläge ist meine Tür im Rathaus immer offen. Mit Ihrer Unterstützung wird es möglich sein, diesen Weg fortzusetzen.*

*Diesmal kommt es auf jede Stimme an..*



Liste 5

**Helfen statt Reden!**

Denken Sie bitte daran  
Ihre Wohnungsstadträtin  
Elke Kahr

# Gute Arbeit – Gute Leute: Die Kandidat:innen



1. Elke Kahr, 1961,  
Stadträtin der KPÖ



2. Andreas Fabisch,  
1958, AHS-Lehrer



3. Ina Bergmann, 1957,  
Angestellte



6. Manfred Eber, 1965,  
Angestellter



8. Krotzer Robert, 1987,  
Student

Am 25. November wählt Graz einen neuen Gemeinderat. Die Mandatszahl wurde von 56 auf 48 Sitze verkleinert. Künftig gibt es statt 9 nur noch 7 Sitze in der Stadtregierung.

Diese Neuerungen machen es für die KPÖ nicht leichter, ihre gute Arbeit für Graz fortzusetzen. Wir bitten Sie, UNBEDINGT von Ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen. Wenn Sie am 25. November, dem Wahlsonntag verhindert sind, können Sie den vorgezogenen Wahltag am Freitag, den 16. November nutzen.

**Wir bitten Sie, Ihre Stimme in Stadt UND Bezirk für die Liste 5 Elke Kahr. KPÖ abzugeben.**



4. Christian Sikora, 1963,  
Justizwachebeamter



7. Ulrike Taberhofer,  
1960, Lehrerin



9. Christine Braunersreuther,  
1974, Museologin



5. Martina Thomüller,  
1991, Bäckerin

10. Kurt Luttenberger,  
1955, Angestellter



## „Die Suppe am Kochen halten“

Gemeinderätin Gerti Schloffer scheidet mit Ende der Gemeinderatsperiode aus dem Grazer Gemeinderat aus, Martina Thomüller kandidiert erstmals für die KPÖ. Das Stadtblatt hat beide gefragt, was sie bewegt.

### Gerti Schloffer

Stadtblatt: Du bist seit 15 Jahren für die KPÖ im Gemeinderat. Kannst du

dich sich noch daran erinnern, wie es war, als du in den Grazer Gemeinderat gekommen bist?

**Gerti Schloffer:** Das kam für mich unerwartet. Ich hatte nicht damit gerechnet, gewählt zu werden. Aber die Herausforderung war da – und ich nahm sie an. Als Gemeinderätin ist man oft schon sehr gefordert. Veranstaltungen, Sitzungen, Termine – und das neben

der normalen Berufstätigkeit. Wenn es gelingt, ein Anliegen erfolgreich durchzusetzen, fühlt man sich wieder gestärkt.

Stadtblatt: Welche Prioritäten hast du gesetzt?

**Gerti Schloffer:** Für mich war es nie wichtig, in der sog. „Szene“ unterwegs zu sein, um als „Adabei“ in einschlägigen Medienberichten erwähnt zu werden. Ich wollte lieber da sein, wo es nicht ums Repräsentieren geht, sondern um echte Anliegen von ganz normalen Menschen.

Stadtblatt: Was hat dich im Gemeinderat besonders gestört, was hast du besonders geschätzt?

**Gerti Schloffer:** Die Undiszipliniertheit vieler Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die gegenüber ihren Mitmenschen wenig Aufmerksamkeit und Respekt zu zeigen, hat mich gestört.

Der Gemeinderat ist trotzdem ein Gremium, wo

man gute Ideen einbringen kann. Die KPÖ als kleine Fraktion kann positive Veränderungen aber nicht allein herbeiführen, sie kann Probleme nur immer wieder aufzeigen und die Suppe am Kochen halten und so lange umrühren, bis auch andere Parteien von einer guten Sache überzeugt sind. Nehmen wir z.B. den Sozialpass: Fast 20 Jahre lang hat sich die KPÖ für seine Einführung stark gemacht. Und erst jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo auch andere Parteien die Notwendigkeit des Sozialpasses erkannt und sich an seiner Umsetzung beteiligt haben.

Stadtblatt: Wie schaut's mit der Kompetenz der KPÖ in Wirtschafts- und finanziellen Fragen aus?

**Gerti Schloffer:** Ich habe mir oft anhören müssen, dass die Kommunisten zu blöd sind, um da mitreden zu können. Dieser Vorwurf hat mir immer wehgetan.



KPÖ Gemeinderätin Gerti Schloffer und (Fahrerin) Bezirksrätin Inge Arzon (Beiwagen)

# dat/innen der Liste **Elke Kahr. KPÖ**



**11** Elke Heinrichs, 1958,  
Biomed. Analytikerin



**13** Karin Gruber, 1960,  
Dipl. Sozialarbeiterin



**15** Martina Osmani,  
1963, Kosmetikerin



**17** Antonia Renner,  
1994, Schülerin



**19** Ingeborg Arzon,  
1934, Pensionistin



**12** Wolfgang Gollner,  
1977, Verkäufer



**14** Benjamin Dianat,  
1992, Student



**16** Trummer Raimund,  
1967, Bezirksanwalt



**18** Selcuk Ugras, 1953,  
Busfahrer



**20** Christian Promitzer,  
1962, Historiker  
und viele mehr



Liste 5

## „Die Welt nachhaltig verbessern“

Schließlich arbeite ich seit 30 Jahren in einem Familienbetrieb und weiß, wie man erfolgreich wirtschaftet. Unsere Firma ist über die Grenzen Österreichs hinaus bekannt geworden.

*Stadtblatt: Wenn du deine Funktion als Gemeinderätin zurücklegst, woran erinnerst du dich gerne?*

**Gerti Schloffer:** Ich habe in dieser Zeit viele nette Leute kennengelernt, ob im Senioren- und Behindertenbeirat, ob bei den Heimgartenvereinen, unter den Beamten in den Fachabteilungen oder in anderen Gremien. Bei ihnen allen möchte ich mich für die gute Zusammenarbeit und viele schöne Momente bedanken. Ich möchte nach 15 Jahren als Gemeinderätin etwas leiser treten, kandidiere aber für den Bezirksrat Gries.

Meiner Nachfolgerin, Martina Thomüller, wünsche ich viel Kraft und Erfolg bei ihrer politischen Tätigkeit.

### Martina Thomüller

*Stadtblatt: Martina, du bist vor kurzem 21 Jahre alt geworden. Wie denkst du darüber, dass du an wählbarer Stelle für die KPÖ kandidierst?*

**Martina Thomüller:** Ich habe mich gefragt, ob ich wohl die Richtige bin. Aber Elke Kahr und die KPÖ-Gemeinderäte haben meine Bedenken zerstreut und mir versichert, dass sie an mich glauben. Auf dieses Vertrauen baue ich.

*Stadtblatt: Wie bist du zu deinem politischen Engagement gekommen?*

**Martina Thomüller:** Politisch interessiert war ich schon immer. Auslösend waren für mich aber die Agitationen der FPÖ und die Tatsache, dass auch einige Bekannte diesen Hetzreden zum Opfer gefallen sind. Dem wollte ich etwas entgegensetzen. Die Werte, die ein/e Politiker/in mitbringen sollte, sind für mich Ehrlichkeit ohne Einschränkungen. Gerad-

linigkeit, Mut und auch Kampfgeist, um die Forderungen der Bevölkerung durchsetzen zu können.

*Stadtblatt: Wenn du Gemeinderätin wirst, welche Themen liegen dir da besonders am Herzen?*

**Martina Thomüller:** Ich möchte, dass Graz eine Stadt wird, in der alle Menschen gleiche Chancen haben. Das fängt bei ganz existentiellen Dingen, wie z.B. erschwinglichen Mieten, Tickets für Bus und Bim und Lebenshaltungskosten an. Aber es geht natürlich darüber hinaus. Deshalb werde ich mich auch gegen Sexismus und Rassismus, für ein selbstbestimmtes, freies Leben stark machen. Ein wichtiges Thema ist für mich der Tier- und Umweltschutz.

*Stadtblatt: Gerade viele junge Menschen sind von der Politik enttäuscht und wollen nichts damit zu tun haben. Zu Recht?*

**Martina Thomüller:** Es

ist nicht richtig zu sagen: Ich kann eh nichts ändern. Jeder und jede kann beitragen und jede/r einzelne ist auch wichtig, wenn man etwas verändern will. Ich sehe es als die Aufgabe jeder Generation an, die Welt nachhaltig zu verbessern und für die Nachkommen

bestmöglich zu erhalten. Das ist es, was mich antreibt.

*Stadtblatt: Was dürfen die KPÖ-Wählerinnen und -Wähler von dir erwarten?* Ich werde mich bemühen, für die Menschen, die mich gewählt haben, das Beste herauszuholen.



KPÖ-Kandidatin  
Martina Thomüller

# Nur Wohnen und Soziales

Von der Grazer KPÖ gibt es nichts Neues: Wohnen und Soziales.

**M**anche politische Adressen und sogar die eine oder andere Partei glauben, dass unsere Arbeit altmodisch ist.

*Etwas müssen wir zugeben. Wir befassen uns schon seit einiger Zeit mit der Teuerung. Schließlich trifft die Preissteigerung auch die Mehrheit der Bevölkerung immer stärker.*

*Unsere Forderung nach einem Tarif- und Gebührenstopp ist höchst aktuell. Die Politik darf sich nicht mehr länger daran vorbeiswindeln. Jetzt wird die Beschleunigung der Teuerung auch offiziell zugegeben.*

*Diese Preistreiberei bei Lebensmitteln bestärkt uns in der Forderung nach einem Tarif- und Gebührenstopp. Das entspricht vielleicht nicht dem Geschmack, der in gestylten Redaktionsräumen herrscht. Dort will man jeden Tag eine neue Sensation, die mit dem täglichen Leben der Menschen nichts zu tun hat. Für die meisten von uns wäre es aber sehr wichtig, wenn man der Preistreiberei endlich Schranken setzen könnte.*

[facebook.com/elke.kahr](https://facebook.com/elke.kahr)

[www.kpoe-graz.at](http://www.kpoe-graz.at)

Foto: Edeltrud Taschner



## Keine Privilegien!

**O**b sie nun gut oder schlecht arbeiten: Die Grazer Stadtpolitiker lassen sich für ihre Tätigkeit fürstlich entlohnen. Bürgermeister Nagl (VP), erhält 12.648 Euro brutto, Vizebürgermeisterin Rücker (Grüne) 10.608, die Stadträte bekommen 9.792 Euro, vierzehnmals im Jahr. Elke Kahr behält davon nur 1.800 Euro monatlich für sich.

## Wahlprogramm für Graz

**W**ir alle sind „Graz“ heißt das Programm der Grazer KPÖ. Stadträtin Elke Kahr: „Es zeigt, was wir in den vergangenen Jahren geleistet haben und macht Vorschläge für ein soziales Graz.“ Das Heft ist an den Infoständen der KPÖ erhältlich und kann bei der KPÖ-Graz, Lagergasse 98a bestellt werden. Tel. 0316 / 71 24 79 [www.kpoe-graz.at](http://www.kpoe-graz.at)





# In 17 Grazer Stadtbezirken: Helfen statt reden

## Die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der KPÖ bei den Grazer Bezirkswahlen

Quelle - Grafik der Grazer Stadtbezirke: TheRunnerUp aus der deutschsprachigen Wikipedia

District	Candidate Name
1 Lend	Christian Carli
2 St. Leonhard	Andreas Nitsche
3 Geidorf	Hanno Wisiak
4 Lend	Christian Carli
5 Gries	Gerti Schloffer
6 Jakomini	Edeltrud Taschner
7 Liebenau	Max Korp
8 St. Peter	Gert Kosmus
9 Waltendorf	Elke Heinrichs
10 Ries	Silvana Weidinger
11 Mariatrost	Andreas Fabisch
12 Andritz	Karin Reimelt
13 Gösting	Gerhard Strohriegl
14 Eggenberg	Karin Gruber
15 Wetzelsdorf	Günter Leber
16 Straßgang	Kurt Luttenberger
17 Puntigam	Martina Osmani

Wir alle sind Graz  **Elke Kahr. KPÖ** Liste 5

## BEBAUUNGSPLÄNE: GAR NICHT GRÜNE „GREEN CITY“

# Hochhausghetto in Webling?

Anfang September wurde in Webling unter dem Titel „Green City Graz“ der Bebauungsplan Straßganger Straße – Ankerstraße vorgestellt. Doch statt Wohnen im Grünen droht ein Hochhausghetto ohne Infrastruktur und Verkehrskonzept.

Das ehemalige Leykam-Gelände bis zum Hotel Paradies soll bald mit 15 acht- bis elfstöckigen Häusern verbaut werden. „Mit 35,5 Metern entspricht die Höhe der geplanten Gebäude, die 600 Wohnungen umfassen sollen, jener am Berliner Ring“, macht Gemeinderätin Ina Bergmann, die bei der Vorstellung des Bebauungsplanes anwesend war, die Dimensionen des vorgesehenen Bauprojektes deutlich. „Mit dem Titel »Green City Graz« wollte man sanfte Bebauung vorgaukeln und vertuschen, dass hier ein Wohnghetto entstehen soll.“

### Verkehrskollaps droht

Schon jetzt sind die Straßganger- und die Kärntnerstraße überlastet. Im Frühjahr 2013 ist südlich der Hermann-Aust-Gasse Baubeginn für 760 Wohnungen mit 1.500 PKW-Stellplätzen vorgesehen. Zusammen mit dem „Green-City“-Projekt würden damit allein in Webling schon bald 2.160 PKW-Stellplätze dazukommen. Bis heute kann die Verkehrsplanung keine Lösungen anbieten, um den drohenden Verkehrskollaps zu vermeiden. Gebaut werden soll trotzdem.

### Geht uns die Luft aus?

Durch die Nähe zur Autobahn und die Entlüftung an der Ausfahrt des Plabutschunnels hat die Bevölkerung der Umgebung schon jetzt unter schlech-

ter Luftqualität zu leiden. „Nicht nur die zusätzliche Verkehrsbelastung, sondern auch die Höhe der geplanten Bauten lassen befürchten, dass die Durchlüftung im betroffenen Gebiet weiter beeinträchtigt und das Feinstaubproblem hier im Grazer Süden weiter verstärkt wird“, sagt Ina Bergmann. Dass bisher trotz der geplanten Gebäudehöhen nicht einmal eine Luftstromanalyse vorgenommen wurde, ist für die KPÖ-Gemeinderätin fahrlässig.

### In die grüne Wiese bauen

Ziel eines Bebauungsplanes sollte eine geordnete Siedlungsentwicklung sein. Doch der Bebauungsplan „Green City Graz“

ist das genaue Gegenteil: Der Gebietscharakter wird ignoriert, die Bebauungsdichte überschritten, die Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist schlecht: – Die Linien 31 und 62 sind zu Stoßzeiten bereits jetzt überlastet. Niemand scheint sich darum zu kümmern, ob die erforderliche Infrastruktur – Schulen, Kindergärten, Ärzte... – vorhanden ist.

„Zunehmend werden in Graz von Immobiliengesellschaften teure Wohnungen in die grüne Wiese gebaut, die benötigte Infrastruktur wird meist nur versprochen. Um die muss dann die Bevölkerung jahrelang kämpfen“, ärgert sich die Gemeinderätin. Sie wird weiter mit der Bevölkerung gegen das „Green-City“-Projekt auftreten.



15 Gebäude mit bis zu elf Etagen sollen schon bald diesen idyllischen Ausblick nehmen....

## Leonhardstraße: Grünraumvernichtung



KPÖ kritisiert Bebauungsplan: Grünraum muss erhalten werden!

Die angestrebte „Nachverdichtung“ im Bereich Leonhardstraße/Leonhardgürtel/Engelstraße geht zu Lasten des

Grünraums. Das wurde den zahlreich erschienenen Anrainern bei der Bürgerinformationsveranstaltung zum Bebauungsplan klar. Von den über 30 großen Bäumen in diesem Gebiet bleiben durch die Neubauten und die Errichtung einer Tiefgarage maximal sechs übrig.

„Gerade im innerstädtischen Bereich ist Grünraum besonders schützenswert. Durch diesen Bebauungsplan wird unter dem Titel Nachverdichtung aber genau das

Gegenteil erreicht. Wertvoller Grünraum geht verloren“, kritisiert KPÖ-Gemeinderat und Planungssprecher Manfred Eber.

### Verbesserungen noch möglich

Die KPÖ ermuntert die Anrainer, Einwendungen beim Stadtplanungsamt zu erheben, aber auch Druck auf die politischen Parteien auszuüben, um hier noch Verbesserungen zu erwirken. „Wieder einmal spielte die Altstadtsachverständigenkommission (ASVK) eine unrühmliche Rolle. Sie liefert ein Biedermeier-Häuschen der Abrissbirne aus“, so Eber.



Hinterhof Leonhardstraße/Engelgasse

# „Wir geben nicht so leicht auf!“

Die Landesregierung will das LKH Graz-West privatisieren.

Das Grazer Stadtblatt sprach mit dem Betriebsratsvorsitzenden Karlheinz Dieber und Ing. David Anderhuber vom BR-Team über die Auswirkungen dieses Planes und den Widerstand dagegen.

*Grazer Stadtblatt: Was würde eine Übernahme durch private Betreiber bzw. die Schließung des LKH Graz West bedeuten?*

**David Anderhuber:** Es bedeutet eine massive Verschlechterung für die Patientinnen und Patienten, da es dann ja ein Spital weniger in Graz gibt. Die zuständige Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder geht in Graz von einer Reduzierung von 451 Betten aus. Das heißt, die Wartezeiten auf ein Spitalsbett würden drastisch steigen.

**Karlheinz Dieber:** Ich weiß nicht, wie das funktionieren soll – wir können ja nicht zwei Patienten in ein Bett legen... Auch die Belastung für die Kolleginnen und Kollegen am Klinikum würde enorm zunehmen.

*Stadtblatt: Wäre auch das medizinische Angebot gefährdet?*

**Dieber:** Ja. Die Landesrätin behauptet immer wieder, dass der Versorgungsauftrag 1:1 übernommen werden muss, denkt gleichzeitig aber schon daran, Abteilungen auszugliedern. Dass dann das medizinische Angebot gefährdet ist, versteht sich von selbst.

*Stadtblatt: In Gefahr wäre also auch die regionale Versorgung des Grazer Westens...*

**Anderhuber:** Richtig. Das LKH-West wurde vor zehn Jahren zur Entlastung des Uniklinikums er-



**Karlheinz Dieber und David Anderhuber stellen sich gegen die Privatisierung des Grazer LKH-West, damit die bestmögliche Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung aufrecht erhalten werden kann.**

richtet, weil klar war, dass Graz mit seiner ständig wachsenden Bevölkerung dort allein nicht mehr versorgt werden kann.

**Dieber:** In Graz gibt es zwei Landeskrankenhäuser mit Akutversorgung und sechs Ordensspitäler inkl. Sanatorien. Die sind aber spezialisiert und haben als Ziel den betriebswirtschaftlichen Gewinn und nicht die umfassende Grundversorgung der Menschen. Man hört schon, dass die Pathologie ausgelagert werden soll und auch die Infektiologie zu teuer wäre. Dabei ist das LKH-West die einzige Anlaufstelle für Infektions- und Tropenkrankheiten.

*Wie verhält sich die Landesrätin gegenüber dem Betriebsrat?*

**Dieber:** Schon im Juni hat uns die zuständige Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder (ÖVP) zugesichert, dass bei allen Angelegenheiten, die das Personal betreffen, der Betriebsrat sofort eingebunden würde. Dieses Versprechen hat sie – wie schon so oft zuvor – nicht eingehalten. Auch die Belegschaft der Barm-

herzigen Brüder (BHB) will ihr medizinisches Angebot und ihren Standort nicht wechseln.

*Wie steht es um die Arbeitsplätze? Werden die erhalten bleiben?*

**Dieber:** Es geht um 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Jobgarantie, von der Edlinger-Ploder immer spricht, hat für uns keine Relevanz. Eine wirkliche Garantie akzeptieren wir nur schriftlich vom KAGes-Vorstand. Aber wie soll die KAGes die Jobgarantie geben können, wenn das nötige Geld vom Land Steiermark nicht gesichert ist?

**Anderhuber:** Eingearbeitetes und erfahrenes Personal soll von den Barmherzigen Brüdern übernommen werden. Zuletzt ist die Zahl von 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Medien kursiert. Klar, die BHB sind auf die eingespielten Teams und das Fachwissen angewiesen, weil sie selbst in vielen Bereichen noch keine Erfahrung haben. Aber wer diese 250 sein sollen, ist völlig unklar. Offenbar wollen sich die BHB die Rosinen herauspicken.

*Stadtblatt: Kritik gibt es auch immer wieder an den externen Beratern der Landesregierung.*

**Dieber:** Kein Mensch weiß, woher diese Firmen ihre Zahlen haben, mit denen sie so jonglieren. Die KAGes und die Verwaltung hier könnten völlig andere Zahlen liefern. Es ist beweisbar, dass die Barmherzigen Brüder in der 1:1 gleichen Akutversorgung nicht günstiger wirtschaften könnten.

**Anderhuber:** Die 22 Millionen Euro, die die BHB angeblich einsparen würden, sind eine Fantasie-Summe. Bei der Präsentation durch die Beraterfirma wurde immer wieder betont, dass ganz zentrale und kostenintensive Bereiche – etwa die gesamte Ambulanz und die Radiologie – in ihren Berechnungen überhaupt nicht berücksichtigt wurden.

*Der Widerstand gegen die Pläne ist groß. Was tut sich da so?*

**Dieber:** Das LKH Graz-West gehört der Bevölkerung und wurde mit deren Steuergeld errichtet. Jetzt soll es einem kirchlichen Orden übertragen werden, der Gewinn erwirtschaften will. Da ist der Unmut natürlich groß. Wir haben bereits über 10.000 Unterschriften gegen die Privatisierung gesammelt. Das haben wir uns als Ziel gesetzt, aber wir sammeln weiter.

**Anderhuber:** Es zeigt sich ganz klar: Eine breite Mehrheit der Bevölkerung ist gegen die Reduzierung von Spitalsbetten. Bei einer Aktion am Grazer Hauptplatz haben wir in ein paar Stunden über 1.500 Unterschriften gesammelt. Eines ist sicher: So einfach geben wir nicht auf – im Sinne der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung.

*Unterschreiben Sie!*



Gegen die Privatisierung des LKH Graz West durch die Politik



Allerhand aus dem Steirerland

Initiativen und Berichte aus dem steirischen Landtag  
der KPÖ-Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg

## Studiengebühren: Unzumutbare Belastung für Eltern

Scharfe Kritik an den Plänen von Landeshauptmann Voves zur Einführung von Studiengebühren übt KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler. Studiengebühren sind als eine weitere versteckte Steuer für Eltern, die vom Kindergarten bis zur Pflege betagter Angehöriger immer tiefer in die Tasche greifen müssen.

„Was wir wirklich brauchen,

ist ein gerechtes Steuersystem, das die in den letzten Jahrzehnten eingeführten Steuerprivilegien für Superreiche und Konzerne beseitigt. Solange der Staat darauf verzichtet, die großen Vermögen zu besteuern, wird es keine Gerechtigkeit geben. Zahlen müssen diese Gebühren immer die arbeitenden Menschen, denen jedes Jahr noch weniger Geld übrig bleibt“, so Klimt-Weithaler.



KPÖ-Mandatäre setzen sich für die Interessen der arbeitenden Menschen ein: Im Bild KPÖ-Bezirksrat Gottfried Stefanecz (Jakomini).

## „Kürzmänner haben sich ihre eigene Realität erschaffen“

Klimt Weithaler (KPÖ): „SPÖ und ÖVP schließen Schulen, verkaufen Krankenhäuser und Pflegeheime, kürzen überall dort, wo sozial Schwache und Menschen mit Behinderung betroffen sind, belasten Familien mit Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen und setzen demokratiepolitisch bedenkliche Schritte. Sie benehmen sich wie Befehlsempfänger von Banken und Industriellen und erzählen den Menschen, sie würden im Interesse der Allgemeinheit handeln.“

Jedes weitere Jahr dieser Komplizenschaft aus SPÖ und ÖVP richtet irreparablen Schaden für unser Bundesland an. Schulen, Krankenhäuser, Kindergärten, Pflegeheime – nichts ist vor Voves und Schützenhöfer sicher. Die planlosen Kürzungen spiegeln sich bereits in einer weit über dem Bundeswert steigenden Arbeitslosigkeit wider. Mit dem neuen Doppelbudget, das im Herbst beschlossen werden soll, kommen noch tiefere Einschnitte auf die Bevölkerung zu.

KPÖ-Sozialtelefon

0316/877 5102

Graz, Landhaus

MINDESTSICHERUNG:

Rechnen Sie Ihre Ansprüche nach!

[www.mindestsicherungsrechner.at](http://www.mindestsicherungsrechner.at)

**zuhören. helfen.**  
Claudia Klimt-Weithaler

## GELD FÜR REGIERUNGSPROPAGANDA Inseratenaffäre auf

Dafür ist Geld da: 300.000 Euro gibt die steirische Landesregierung für „Medienkooperationen“ mit den beiden größten steirischen Tageszeitungen aus. Das Land zahlt, die Zeitungen schreiben als Gegenleistung freundliche Artikel über die Arbeit der Regierung. Diese Artikel sind aber nicht als Inserate gekennzeichnet, sondern erscheinen als redaktionelle Beiträge.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Unter dem Vorwand der Information sollen hier die steirischen Massenmedien gleichgeschaltet werden. Dafür wird viel Geld ausgegeben, während im Sozial- und Bildungsbereich angeblich absolut kein Spielraum vorhanden ist.“

Die im Landtag gegen die Stimmen der KPÖ durchgepeitschten Beschlüsse über die sogenannte Medienkooperation beinhalten weitere 80.000 Euro für regionale Medien. Für Leser der Artikel ist kaum erkennbar, dass es sich um gekaufte Werbeeinschaltungen

handelt. Gleichzeitig wird im Budget der Umstand verschleiert, dass SPÖ und ÖVP zusätzlich zu den im Budget aufscheinenden Mitteln 380.000 Euro für Eigenwerbung ausgeben, weil das Geld als Förderung bezeichnet wird.

Im Landtag verweigerte Landeshauptmann Voves am 18. September jegliche Auskunft über die Vereinbarung mit den beiden Tageszeitungen. Dafür stellte er die Behauptung auf, dass Regierungsmitglieder nicht namentlich genannt werden. Das Gegenteil ist der Fall, wie ein Blick auf die Artikelserie beweist.

## KAGES AUFLÖSEN, VERANTWORTUNG FÜR Gesundheit zurück

Der Landtag, gewählte Vertretung der steirischen Bevölkerung, hat kaum noch Einblick und Mitsprache in der Gesundheitspolitik. Die KPÖ stellte im Landtag den Antrag, die KAGES aufzulösen und die Krankenanstalten wieder in die Landesverwaltung einzugliedern.



KPÖ-Kontrollausschussvorsitzender Dr. Werner Murgg: Die Verpfändung der Krankenanstalten verursacht die Kostenexplosion.

Der Antrag wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt. KPÖ-Abg. Werner Murgg: „Entscheidungen der KAGES beruhen häufig auf Gutachten externer Beratungsfirmen. Deren Interessen stehen in Konflikt mit den Aufgaben einer öffentlichen Gesundheitsversorgung. So entgleitet der Politik immer mehr die Kontrolle über das Gesundheits-

wesen, Missstände und Versorgungsmängel werden bagatellisiert oder geleugnet.“

Die KAGES wurde dazu missbraucht, um kurzfristig 1,2 Milliarden Euro zur Deckung des Budgetabgangs zu beschaffen. Mit zwei Anleihen wurde der gesamte Bestand an Gebäuden und Immobilien verpfändet. Es ist ungeklärt, wie die beiden Anleihen getilgt werden sollen. 50 Millionen Euro

**Es  
reicht!**  
für alle

# steirisch

- 2) Der Kleinen Zeitung GmbH & Co KG, Schönaugasse 64, 8010 Graz, wird für das Projekt „Schüler machen Zeitung“ ein Förderungsbetrag in Höhe von € 150.000 bei der VSt. apl. 1/021995-7430 „Reformprozess Steiermark – Medienkooperation, Beiträge“ zur Verfügung gestellt.
- 3) Der Krone-Verlag GmbH & Co. KG, Muthgasse 2, 1190 Wien bzw. KOOP Live-Marketing GmbH & Co KG, Weinholdstraße 20, 8010 Graz, wird für das Projekt „Reformpioniere“ ein Förderungsbetrag in Höhe von € 150.000 bei der VSt. apl. 1/021995-7430 „Reformprozess Steiermark – Medienkooperation, Beiträge“ zur Verfügung gestellt.
- 4) Für diverse weitere begleitende Kommunikationsmaßnahmen wird ein Betrag in Höhe von € 80.000,00 bei der VSt. 1/021959-7281 „Öffentlichkeitsarbeit“ bereitgestellt.
- 5) Die Bedeckung erfolgt durch gesonderten RSA der FA4A.

Der Landeshauptmann  
(Mag. Franz VOVES)

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter  
(Hermann SCHÜTZENHÖFER)

Wo bleibt da das „Sparen“? 300.000 Euro (die restlichen 80.000 gehen an regionale Zeitungen) Euro zahlt Rot-Schwarz im Land an die großen Tageszeitungen für freundliche Berichterstattung. Geld ist eben eine bewährte Methode, kritische Berichterstattung zum Schweigen zu bringen.

## ÜR KRANKENHÄUSER ÜBERNEHMEN! zum Land!

fallen jährlich an Zinsen an, für die die KAGES eine Sondermiete an die Immobiliengesellschaft entrichten muss. Das verursacht die sogenannte „Kostenexplosion“.

„Es ist höchste Zeit, diesen Irrweg aufzugeben und die KAGES wieder in die Hoheitsverwaltung

des Landes zurückzuführen. Budgettricks und Geschäftemachelei haben im Gesundheitswesen nichts verloren. Bei den Krankenanstalten muss die Gesundheit im Vordergrund stehen, dafür muss es eine klare politische Verantwortung geben“, so LAbg. Murgg.



Die Krankenhaus-Privatisierung kann Ihre Gesundheit gefährden.

### MEINUNG

Claudia Klimt-Weithaler,  
KPÖ-Landtagsabgeordnete

## Reinen Wein einschenken

Liebe Grazerinnen und Grazer!

Am 25. November wählt Graz – zwei Monate vor dem ursprünglichen Termin. Man wolle der Bevölkerung einen Wahlkampf in der Adventzeit ersparen, erklärt uns der Bürgermeister. Wenige Tage später tritt Landeshauptmann Voves ans Rednerpult und liefert eine ganz andere Erklärung: Er wolle mit der Budgeterstellung lieber warten, bis Graz gewählt hat. Mit anderen Worten: Zuerst sollen die Grazerinnen und Grazer ihr Kreuzerl bei ÖVP oder SPÖ machen, dann dürfen sie erst erfahren, welche Pläne die beiden für die Bevölkerung haben. Zur Erinnerung: Vor der letzten Landtagswahl hat der Landeshauptmann große Sprüche geklopft. Von einer Reichensteuer war die Rede, Spekulanten wollte Voves sogar mit einer Cola-Dose aus dem Land werfen. Nach der Wahl sah alles ganz anders aus: Um die monatlich wachsenden Milliardenbeträge für Bankenrettungspakete aufbringen zu können, wurde die steirische Bevölkerung zur Kasse gebeten. Besonders getroffen hat es die Familien (Kindergartengebüh-

ren, Regress für pflegebedürftige Angehörige), Menschen mit Behinderung und durch die hausgemachte Teuerung bei Strom, Gas und öffentlichem Verkehr vor allem jene Menschen, denen es finanziell nicht so gut geht. Als nächstes soll es vor allem dem Gesundheitssystem an den Kragen gehen. Krankenhäuser werden geschlossen, verkleinert, zusammengelegt, privatisiert. Obwohl es schon jetzt sehr lange Wartezeiten auf lebenswichtige Operationen gibt, soll Graz an die 500 Spitalsbetten verlieren. Das will man den Grazerinnen und Grazern aber erst nach der Wahl verraten.

Voves und Schützenhöfer lassen sich in – aus der Landeskassa – bezahlten Artikeln gerne als mutige Reformer feiern. Sie haben aber nicht den Mut, der Bevölkerung vor der Wahl reinen Wein einzuschenken. Das sollte man nicht vergessen, wenn uns ihre Parteifreunde wieder das Blaue vom Himmel versprechen.

Claudia Klimt-Weithaler  
Tel. 0316 / 877 5104  
ltk-kpoe@stmk.gv.at

## Weizer Volksbank will höhere Kreditzinsen erzwingen

Jüngst schickte die Volksbank – Bezirk Weiz Briefe an alle Kreditnehmer aus, in denen die Bank ankündigte, die Zinsen demnächst einseitig um 1,5 % zu erhöhen. Wer keinen neuen Vertrag unterzeichne, dem drohte die Bank gleich mit Ver-

tragskündigung. Hintergrund der Affäre ist die sog. „Kreditklemme“: Weil ihnen internationale Investmentgeschäfte mehr bringen, haben die Banken für eigentliche Bankgeschäfte mit Privatkundschaft kein Geld mehr.



## ERSCHRECKENDE BILANZ EINES SUPERSTAATS

**Belastungszone Europäische Union****Milliardäre leisten sich Millionäre**

Viele Menschen fragen sich, wie das zusammenpasst: Auf der einen Seite schreibt die EU Sozialabbau in allen Mitgliedsstaaten vor und setzt beinharte Kürzungen durch, die vielen Menschen die Existenzgrundlagen nehmen.

Andererseits genehmigt sich die EU-Spitze immer neue Privilegien und handelt oft nach der Devise: Was kostet die Welt?

Der Wahnsinn hat aber Methode. Die EU ist ein Herrschaftsinstrument der größten Konzerne und der mächtigsten Staaten gegen die Bevölkerung. Ihr Führungspersonal wird gerade deshalb mit Privilegien ausgestattet und ist immun, weil das so ist. Jene Milliardäre, die so tun, als würde ihnen die Welt gehören, leisten sich Millionäre als Führungspersonal. Das darf uns nicht wundern. Wir bringen im Stadtblatt einige Beispiele:

**EU: Wahnsinn mit Methode 70 Millionen Euro mehr für Brüssel**

Österreich droht für die nächste Finanzierungsperiode der Europäischen Union von 2014 bis 2020 ein deutlich höherer EU-Nettobeitrag. Nach Informationen des „Wirtschafts-

Blatts“) müsste Österreich allein durch die Abschaffung seines bisherigen Rabattes und die Reform derartiger Vergünstigungen für einige Nettozahler jährlich 70 Millionen Euro mehr nach Brüssel überweisen.

**850 Millionen Euro für Bankpalast**

Der Neubau des Gebäudes der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt/Main wird weit teurer als geplant: Die Kosten steigen von 500 auf bis zu 850 Millionen Euro: Mit zusätzlichen Kosten von 200 Millionen Euro bis zum Abschluss der Bauarbeiten im Jahr 2014 wird gerechnet. Dazu kommen 100 bis 150 Millionen Euro unter anderem dafür, dass das Fundament zusätzlich verstärkt werden musste.

**Jonglieren mit Billionen**

Der Europäische Stabilitätsmechanismus – ESM – soll bis zu 800 Milliarden Euro aufbringen, damit die Banken gerettet werden. Österreich hängt mit 19 Milliarden Euro drinnen. Das haben SPÖ, ÖVP und Grüne beschlossen. Die Gefahren für das Bankensystem sind aber größer, als zugegeben wird. Deshalb denken die Staatenlenker darüber nach, den ESM auf 2 Billionen Euro (das sind 2 000 000 000 000 Euro) aufzublasen. Es ist wie bei Suchtkranken. Die Dosis wird in immer kürzeren Abständen erhöht.

**47 Tage Urlaub**

Bei den Euro-Bankern herrschen sozialpolitisch paradisiische Zustände: Bedienstete des ESM haben Anspruch auf 30 Tage bezahlten Urlaub im Jahr. Hinzu kommen 17 dienstfreie Tage (einschließlich der öffentlichen Feiertage im Großherzogtum

Luxemburg) als Betriebsurlaub. Fällt ein öffentlicher Feiertag in Luxemburg auf ein Wochenende, tritt ein anderer arbeitsfreier Tag an dessen Stelle.

**Streichkonzert**

Gleichzeitig erzwingen die EU-Statthalter die Erhöhung des Pensionsalters in Griechenland (und allen anderen EU-Mitgliedsstaaten) auf 67 Jahre, kürzen die Pensionen und Gehälter, sie streichen Urlaubs- und Weihnachtsgeld und verfügen Massentlassungen.

**Überall Privatisierung**

Was hat die Abschaffung von Schutzbestimmungen für Arbeiter und Angestellte vor willkürlichen Kündigungen mit den Staatsfinanzen zu tun? Man möchte meinen: gar nichts. Aber die „Troika“ erzwingt in Grie-

chenland, Portugal, Italien und Spanien genau das. Die Banken und Konzerne werden gestärkt, die arbeitenden Menschen werden geschwächt. Das ist das Ziel.

Genauso ist das mit den Privatisierungen. Das Ausverkaufsdiktat arbeitet den EU-Konzernen in die Hände, die jetzt überall öffentliches Eigentum zu Schleuderpreisen kaufen können.

**Demokratie – Nein Danke**

Die EU-Spitze macht, was sie will und sie lässt sich von der Bevölkerung nichts dreinreden. Jüngstes Beispiel: Linke Parteien wollten eine EU-weite Bürgerinitiative durchführen, ein Volksbegehren, um die EU sozialer zu machen. Das ist verboten worden. Was zu geschehen hat, bestimmt die EU-Kommission auf Grundlage der Finanzkraft ihrer Mitglieder: Geldherrschaft statt Volksherrschaft.



Wenn wir uns nicht wehren, drohen auch bei uns Zustände wie in Griechenland.

**Griechenland: Die Hungerkur**

Das schreibt die EU der griechischen Bevölkerung vor:

- Pensionskürzung um 10 Prozent
- Pension mit 67 schon ab 2013
- Gehaltskürzung im öffentlichen Dienst um 10 Prozent
- Gehaltskürzung in Verstaatlichten Betrieben 20-30 Prozent
- Urlaubs- und Weihnachtsgeld wird gestrichen

Dazu kommt mit immer neuen Privatisierungen der Ausverkauf des Landes und seiner Naturschätze.

**EU-Topverdiener**

**Mario Draghi**, Präsident der Europäischen Zentralbank: Jahresgehalt 370.000 Euro brutto plus Zulagen.

**José Manuel Barroso**, EU-Kommissionspräsident: Jahresgehalt 304.000 Euro brutto plus Zulagen.

**Klaus Regling**, ESM-Direktor: Jahresgehalt 324.000 Euro brutto plus Zulagen.



## Lohnverhandlungen 2012: 5% mehr müssen her!

Im Vorjahr führte ein kurzer Streik zu einem raschen Erfolg der Lohnverhandlungen. Heuer wird es für die Gewerkschaft schwerer, sich durchzusetzen.



Peter Scherz, Vertreter des Gewerkschaftlichen Linksblocks bei den Lohnverhandlungen

Die Sparprogramme der Regierung, Politiker, die wie Franz Voves eine Nulllohnrunde nach der anderen durchziehen, haben bei den Unternehmern die Begehrlichkeit hervorgerufen, die Lohnerhöhungen 2012 weit unter der Inflationsrate zu halten. Dabei können sich selbst die Menschen, die Arbeit haben kaum noch was leisten. Zwischen 20 und 35 Prozent sind die verfügbaren Einkommen seit dem Jahr 2000 gesunken. Im Vergleich dazu ist die Forderung nach einer Lohnerhöhung von 5 Prozent für alle Branchen als bescheiden anzusehen.

Ein Manöver der Unternehmerschaft erschwert die Lohnverhandlungen zusätz-

lich: Die Unternehmer wollen die verschiedenen Branchen auseinanderdividieren, um in Teilbereichen die Löhne noch stärker drücken zu können.

### Kampfmaßnahmen nicht scheuen!

Es geht also nicht nur darum, eine fünfprozentige Lohnerhöhung durchzusetzen, sondern auch darum, dass sie wirklich in allen Bereichen gilt. Das geht nur, wenn die Gewerkschaft vor Kampfmaßnahmen nicht zurückschreckt.

## Einladung

**Sa. 13.10., 10 Uhr**  
Landeskonzferenz des  
GLB Steiermark im  
Volkshaus Graz  
**Alle Kolleginnen und  
Kollegen sind  
herzlich eingeladen!**

GLB-Gewerkschaftlicher LinksBlock



Hilde Tragler, GLB-Betriebsrätin bei Puch-Magna fordert die Teilnahme aller Betriebsräte an den Beratungen

## ZVP Zentralverband der Pensionisten SPRECHSTUNDEN

MO. bis FR. von 10 bis 12 Uhr  
Lagergasse 98a, 8020 Graz

E-Mail: [zentralverband@gmx.at](mailto:zentralverband@gmx.at)

☎ **0316/71 24 80** Voranmeldung erbeten.

**Wir helfen bei:**

- Anträgen um **Pflegegeld**
- Antrag auf eine „einmalige Unterstützung“
- **Pensionsanträgen** wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- anderen Problemen

**Jeden DO. gemütlicher Nachmittag im Volkshaus**

## Neutralität – Konzept mit Zukunft

Die Neutralität ist ein Konzept mit Zukunft. EU und Regierung schneiden aber Stück für Stück davon ab. Die Berufsheer-Volksbefragung soll mithelfen, die Neutralität zu entsorgen. Daran sollten wir am Nationalfeiertag denken.

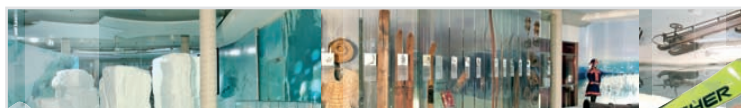
Am 26. Oktober 1955 hat der Nationalrat das Gesetz über die immerwährende Neutralität Österreichs beschlossen. Im September 2012 hat die SPÖ den Industriellen Hannes Androsch zum Leiter des „Komitees für ein Ende der Wehrpflicht“ gekürt. Er benennt, wofür ein Berufsheer dienen soll. Die Aufgabe sei „im europäischen Verbund in Zusammenarbeit mit der NATO einsatzbereit zu sein, die Rohstoff- und Energiequellen zu verteidigen, die Transportwege, Seewege und Pipelines. Dazu



Foto: Bundesheer

**Identitätskrise: Wer wird die Neutralität verteidigen?**

kommt das Flüchtlingsproblem, Terrorismus und Cyberwar.“ Die Beteiligung an Rohstoff- und Handelskriegen – das sind die Aufgabenstellungen, für die das Bundesheer mit Profisoldaten hochgerüstet werden soll. **Deshalb ist die KPÖ gegen das Berufsheer.**



## Festveranstaltung der KPÖ zum Neutralitätsfeiertag

im Winter!Sport!Museum! Müzzuschlag

## Österreich bleibt neutral!

Fr. 26. Okt. 2012 – ab 10h **Wintersportmuseum,  
Wiener Straße 13,  
Müzzuschlag**

**Festansprache: Boris Lechthaler**  
**Arbeiterlieder zum Zuhören und Mitsingen**  
**Christian Buchinger**

Busfahrt aus Graz

Kinderprogramm, Gelegenheit zur Besichtigung der Ausstellungen

Eintritt inkl. Bus 5 Euro

Anmeldungen bei der KPÖ Graz, Tel. 0316 / 71 24 79



## SERIE: FUSSBALL IN GRAZ – ASV GÖSTING

## Die weiße Elf

Ein reges fußballerisches Leben hat Graz zu bieten – auch neben Sturm und GAK. Viele Unterhausvereine können auf große Traditionen zurückblicken. Teil 3 einer Serie von Hanno Wisiak

Grazer Meisterschaft ausgetragen wurde, war der ASV als „weiße Elf“ bekannt und spielte gegen Sturm, GAK, den Grazer SV, Rapid Graz und die Amateure.

**Adel und Arbeiter**

Gegründet wurde der Verein von sportbegeisterten Göstinger Arbeitern, die der existenziellen Not des Tages zum Trotz nach dem Ende des Ersten Weltkrieges den Verein aufbauten. In der Göstinger Au, wo das Vieh des Grafen Attems graste, wurde bloßfüßig mit dem Fetzenladerl gekickt. Hier sollte schließlich mit Unterstützung des als sozial geltenden Grafen die Spielstätte entstehen.

**Aufstieg und Krise**

1927, noch vor der Fertigstellung des Sportplatzes, trat hier eine steirische Auswahl des Verbands der Arbeiterfußballer Österreichs (VAFÖ) vor 1.500 Zuschauern gegen eine englische Profi-Auswahl an und unterlag nur knapp mit 1:2. Das Eröffnungsspiel zwei Jahre später wurde zum Volksfest, zu dem mehr als 1.000 Schaulustige pilgerten. Der ASV lief gegen eine steirische Arbeiterauswahl erstmals in den heutigen Vereinsfarben Weiß-Grün auf.

Der wirtschaftlichen Krise der 1930er folgte eine sportliche. Die meisten Spieler verloren ihre Arbeit, und nur Sportbegeisterung und Solidarität konnte den Untergang des Vereins verhindern.

Als 1934 Engelbert Dollfuß den austrofaschistischen Ständestaat errichtete, wurden alle Vereine des VAFÖ behördlich aufgelöst. Doch auslöschen konnte man sie nicht: Schon 1936 nahmen die Göstinger unter dem Namen „Sportklub Bewegung Gösting“ wieder am Meisterschaftsbetrieb teil.

Der sogenannte „Anschluss“



Die Mannschaft des Arbeiter-Sportvereins Gösting beim zehnjährigen Jubiläum 1929.

[www.asv-goesting.at/](http://www.asv-goesting.at/)

Österreichs an Nazi-Deutschland änderte alles. Nicht nur, dass die Sportanlage für den jährlichen Tag der Wehrmacht genutzt wurde, viele Spieler wurden zum Kriegsdienst eingezogen und konnten nur noch spielen, wenn sie Fronturlaub hatten. Mehr als 40 Göstinger Kicker ließen im Krieg für die Weltmachtfantasien der Nazis ihr Leben. 1944 wurde der Spielbetrieb eingestellt.

**Neubeginn**

Nach der Befreiung mussten nicht nur die Zerstörungen der Bombenangriffe beseitigt werden. „Der Sportplatz war durch seine Nutzung als Reit-Turnierplatz der Briten für den Fußball nicht zu gebrauchen“, erinnert sich Othmar Müller, heutiger Ehrenpräsident des ASV Gösting. Wiederum war es der unermüdliche Einsatz der Göstinger Arbeiter, der es möglich machte, den Spielbetrieb schon bald wieder aufzunehmen.

Der Kalte Krieg und die Rivalität zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten war in diesen Jahren allgegenwärtig. „Im Verein war das zweitrangig“, erzählt Müller, „da haben alle an einem Strang gezogen. Ich selbst komme aus einem sozialdemokratischen Haus, aber unser Jugendleiter war Kommunist. Er hat sogar einmal

eine Reise zu einem Jugendturnier nach Wien organisiert. Das war für uns Kinder nicht nur fußballerisch ein Erlebnis.“

**Ein großer Schritt**

Zum 40jährigen Jubiläum 1959 wurde ein großes Turnier veranstaltet. Mithilfe von Sporttoto-Geldern und der aufopfernden Arbeit der ASV-Mitglieder wurde ein großer Schritt getan und die Sportanlage modernisiert. Strom, Warmwasser, Heizung und eine Umzäunung wurden Realität. Seit 1977 darf der Verein auch zwei Tennisplätze sein eigen nennen.

**Perspektiven für die Jugend**

Gerade die Jugendarbeit hält Ehrenpräsident Müller für die wichtigste Aufgabe des Vereins. „Es ist der Sport, der vielen jungen Menschen, die etwa keine Arbeit finden, Halt und Perspektive gibt.“ Deshalb wird besonderes auf die Qualität der Jugendbetreuer geachtet. In acht Jugendmannschaften spielen heute Jugendliche aus vielen Herkunftsländern begeistert Fußball. „Unser Wunsch und Ziel ist und bleibt es – im Sinne unserer Gründer – den ASV Gösting nicht nur auf sportlicher, sondern auch gemeinschaftlicher Basis weiter zu führen“, sagt Müller.



**Othmar Müller** ist seit 2005 Ehrenpräsident des Arbeiter-Sportvereins Gösting. 1935 im Personalhaus der Grazer Glasfabrik geboren, war er von Kindesbeinen an mit dem Verein verbunden. Sein Vater zählte zu den Gründern. Er selbst spielte seit 1945 für den ASV – erst in der Schüler-, dann der Jugend-, der Junioren-, der Reserve- und schließlich in der Kampfmannschaft. Nach seiner aktiven Zeit lief er immer wieder für die 1B und das Altherren-Team auf, während er als Schriftführer, Rechnungsprüfer und dann als Kassier mit Umsicht und Sorgfalt für den ASV wirkte. Kein Wunder also, dass er von seinen Kollegen als „Urgestein“ bezeichnet wird.





## Programm Herbst 2012

alle Veranstaltungen, sofern nicht anders angegeben, im  
KPÖ-Bildungsverein, VOLKSHAUS Graz, Lagergasse 98a

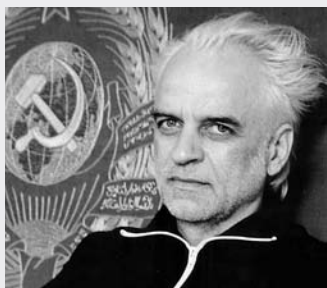
<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>



### Mi. 17. Oktober, 19h Vom Müll zum ästhetischen Objekt

Eröffnung der Foto-Ausstellung  
von Rainer Possert

In den Arbeiten des praktischen Arztes und Mitbegründers des Sozialmedizinischen Zentrums Liebenau werden Abfall, Müll, Schrott fotografisch aus dem Kontext gerissen.



Fr. 19. Oktober, 19:00 Uhr  
**K. Palm liest Karl Wiesinger**  
Die Romane „Standrecht“, „Achtunddreißig“ und „Der rosarote Straßenterror“ des oberösterreichischen Schriftstellers Karl Wiesinger (1923-1991) wurden anlässlich seines 20. Todestags bei Promedia neu aufgelegt. Der Autor und Filmemacher **Kurt Palm** liest daraus.

### Di. 23. Oktober, 19h pro.kino zeigt: **Giú le mani! – Hände weg!**

(CH: 2008; 87 min; Regie: Danilo Catti)  
Im März und April des Jahres 2008 streikten die Arbeiter/innen der SBB Cargo in den Eisenbahnreparaturstätten Bellinzonas. Der Film dokumentiert den vierwöchigen Streik.

### Di. 30. Oktober, 19:00 Uhr „Das Kapital“ politisch lesen

Buchpräsentation mit Harry Cleaver. Das Marxsche Kapital als politische Waffe: Harry Cleavers Buch erschien erstmals 1979 in englischer Sprache und gilt als zentraler Text der sogenannten „politischen Lesart“ des Marxschen Kapitals.



### Mi 7. November, 19:00 Uhr **Strache. Im braunen Sumpf**

Buchpräsentation mit Hans Henning Scharsach



Thriller geworden, der tiefe Einblicke in die unterschiedlichen Milieus der FPÖ bietet.

Zwei Jahre harter Recherchearbeit hat Bestseller-Autor Hans-Henning Scharsach in sein neues Buch investiert. Was als Sachbuch konzipiert wurde, ist zum politischen

Weitere Informationen zu  
Veranstaltungen und  
Bestellungen:  
KPÖ-Bildungszentrum  
Volkshaus Graz • Lagergasse 98a  
Tel. (0316) 71 29 59



### Mi. 14. November, 19:00 Uhr **KRIMILESUNG** Wolfgang Schorlau: **Die letzte Flucht**

In seinem neuen Roman, dem sechsten Fall für Privatermittler Georg Dengler, wendet sich der deutsche Krimiautor Wolfgang Schorlau einem Thema zu, das für jeden lebenswichtig ist: dem Gesundheitswesen.

### Sa. 17. November: 19:30 Uhr **Morosoff Kosaken** Volkslieder und Tänze der Kosaken

Volkslieder und Tänze der Kosaken. Mit Igor Morosoff, Thomas Stiegler, Dmitry Savitsky, Khasan Bozorov, Daniela Mara, Heidrun Savic, Sanja Tosovic und Natalia Morozova.

Eine Veranstaltung von Igor Morosoff, mit Unterstützung des KPÖ-Bildungsvereins.



Freitag 21. Dezember 2012,  
19.30 Uhr

### Masser, Bauer & Steinrück - **A Tribute to Johnny Cash**

Karten: 0316/71 29 59  
Lieder über harte Arbeit, Baumwollfelder, Eisenbahnen, Gefängnis, Liebe... alles, was die menschliche Seele bewegt, aus dem Repertoire des legendären „Man in Black“, Johnny Cash. Dargeboten vom Grazer Bluesänger und -gitaristen Christian Masser, der dabei von Kurt Bauer (Geige) und Gerhard Steinrück (Kontrabass) kongenial unterstützt wird.

### Zum 40. Todestag von **Ernst Fischer**

Der Verein CLIO  
lädt ein:



Donnerstag 11. Oktober, 19 Uhr,  
Stadtmuseum  
Jürgen Egyptien (Aachen):  
**Ernst Fischers Grazer Jahre.**

Dienstag, 6. November, 19 Uhr,  
Literaturhaus  
Konstantin Kaiser (Wien):  
**Fischers Schrift „Krise der Jugend“  
und das Werk Jura Soyfers**

<http://www.clio-graz.net>

## BIBLIOTHEK des KPÖ Bildungsvereins

im Volkshaus Graz  
Die Bibliothek ist nach  
Vereinbarung für alle  
zugänglich

Telefonkontakt: Bernd Mugele 0664/73646417

Schwerpunkte sind Arbeiterbewegung, marxistische Klassiker sowie antifaschistischer Widerstand.

Wir haben Bücher abzugeben, Sie können uns gerne besuchen: jeden  
Mittwoch, 14.30-17.30, oder nach telefonischer Vereinbarung.

<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>



LIVE  
Fr. 23. Nov.  
20 Uhr  
Volkshaus Graz  
Lagergasse 98a

### Skero feat. Dj Chrisfader » Support - Tapete Berlin & Crying Wolf und EsRap

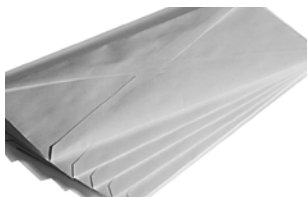
Skero kommt mit Dj Chrisfader ins Grazer Volkshaus! Seinen Sommerhit „Kabinenparty“ haben die meisten wohl noch im Ohr aber sein Soloalbum – „Memoiren eines Riesen“ bietet noch um vieles mehr!  
VK: 5 Euro // AK: 9 Euro  
Vorverkauf ab 22.10.2012



# Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz  
Fax 0316 / 71 62 91. E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at



## Fremde Federn

Schön, dass die SPÖ-Stadträtin Schrock aus allen Medien lacht, weil sie jetzt den Sozialpass präsentieren kann. Kunststück?! Die Vorarbeit für diesen Sozialpass dauerte aber fast 20 Jahre und wurde im Gemeinderat immer wieder eingemahnt. Es war auch nicht die SPÖ, die diesen Sozialpass gefordert hat, sondern die KPÖ, damals noch mit 2 Mandatären im Gemeinderat vertreten, namentlich ist es Frau Elke Kahr gewesen, die sich darum bemühte. Also, Ehre wem Ehre gebührt und sich nicht mit fremden Federn schmücken!

Christine Schönberg

## Variobahn-Debakel

Dass nicht nur in Graz seit April 2010 Probleme mit der Variobahn auftreten, sondern auch in anderen Städten, war bekannt. Die Münchner haben jetzt Konsequenzen gezogen, sie haben das Debakel mit den Variobahnen satt und bestellten acht Züge vom Typ „Avenio“ bei Siemens (die in Wien gebaut werden – mit Fahrgestellen aus Graz, dem Weltkompetenzzentrum!). Diese Straßenbahnen haben mehr Sitzplätze, niedrigere Achslasten und fahren leiser als die alten Modelle.

München hat nicht wie Graz

gleich 45 Stück (um rund 100 Millionen Euro) nach dem Motto „Katz im Sack“ gekauft, offenbar einen Prototyp, der noch nirgends erprobt werden konnte; und das ohne Ausstiegsklausel, ohne Rücktrittsmöglichkeit, ohne Test vor Ort und ohne Überprüfung? Mittlerweile sind in Graz Garnituren bis zur Wagenummer 216 auf Schiene, die Minderung der Lebensqualität sei enorm: das Leben in der Theodor-Körner-Straße unerträglich geworden; der neue Gleisunterbau zwischen Robert-Stolz-Gasse und Maut-Andritz hat nicht nur die Erschütterungen für die direkt an der Straße Wohnenden verschlimmert, sondern auch der Lärm hat sich verstärkt. Jetzt beklagen sich die Anrainer über die erhöhten (Geräusch)emissionen und den Lärm, der auch mit steigender Einsatzdauer der umgerüsteten Variobahnen zugenommen hat.

Dass Nagl, Rücker und die Holding zu den Problemen schweigen, ist ein Skandal. Peter L.

## LED - Richtigstellung

Im Leserbrief „Stiegenhauslicht“ im September-Stadtblatt wird LED als „Low-Energie-Diode“ bezeichnet. LED bedeutet aber lichtemittierende Diode, englisch light-emitting-diode. M. Brunner

## Seniorenticket

Sehr geehrte Gemeinderätin Gerti Schloffer! Vielen Dank für Ihre beiden Anträge im Gemeinderat der Stadt Graz zur Besserstellung von Senioren und Behinderten.

Wenn man für die Ausstellung einer ÖBB-Vorteilscard Senior nur einen einmaligen, angemessenen Kostenbeitrag zu bezahlen hätte, wäre das noch nicht so schlimm. Das würde ich in Kauf nehmen, um so zu günstigeren Tramwayfahrtscheinen für Pensionisten zu kommen. Um diese Vorteilscard aber nützen zu können, verlangen die ÖBB pro Jahr und Person ca. 35 Euro. Für meine Frau und für mich wären das 70 Euro umsonst bezahlt – pro Jahr! Viele ältere Menschen benutzen außerhalb von Graz die ÖBB nicht. Da bringt die Vorteilscard nichts. Wohl aber sind diese Menschen auf die Grazer Linien, vormals GVB, angewiesen, sie fahren oft nur kurze Strecken und das ist für Pensionisten teuer.

Es freut mich liebe Frau Schloffer, dass Sie als Mandatarin der KPÖ hier die Initiative ergriffen haben, denn von anderen politischen Gruppierungen ist da für uns Älteren sowieso nichts zu erwarten. Ich wünsche Ihnen und der KPÖ alles Gute für Ihre Arbeit.

Karl Schadl



## Schach-Training


Der SC Extraherb WS bietet offene Vereinsabende für Schachinteressierte: jeden Donnerstag ab 19 Uhr, Körösistubn.

Anfänger und Quereinsteiger: Nach Bedarf, Anmeldung unter 0699 100 435 28. • Vereinsmitgliedschaft gratis.



**BRITISH ENGLISH CONVERSATION** - INDIVIDUAL TUTORING, GRAZ. 20 € / 90 min., 14h - 21h Tel: 0650 / 7212 289

**GRAZER Stadtblatt**  
Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Graz Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 71 24 79; Fax 71 35 61 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at // DVR: 0600008  
**Offenlegung:** Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



**RADIO SOUNDPORTAL**  
Graz 97,9 / 102,1 | Ost-Stmk. 95,9 / 100,4 / 100,9 / 102,2  
Redaktion: Partizipative Lesern, Schreibe, Bleibe und Transparenz der KPÖ



**RED:OUT**, die Lesbian-Gay-Bi-Transgender-Intersexual-Partei-gruppe der KPÖ, trifft sich jeden ersten Montag im Monat um 18 Uhr in der Traminer Weinstube zu einem offenen Stammtisch. Jede/r ist willkommen!

**Mein Ratgeber im täglichen Leben**  
Ausgabe 2012



**Rat und Hilfe**  
71 71 08  
Sozialberatung der KPÖ Graz

**Sozialratgeber der KPÖ**  
www.kpoe-graz.at

Der Sozialratgeber der KPÖ informiert über alle Möglichkeiten und Einrichtungen in Graz, die soziale Leistungen anbieten. Er kann bei der KPÖ-Graz, Lagergasse 98a Tel. (0316) 71 24 79 oder im Stadtratsbüro von Elke Kahr unter der Telefonnummer (0316) 872 2060 bestellt werden.

**KLEIN-  
ANZEIGEN****Arbeit gesucht**

**Erfahrene Bürokraft**, gelernte Industriekauffrau, überall einsetzbar, sucht Ganztagesstelle in Graz. Bitte nur ernst gemeinte Anrufe. Tel. 0664/4458901.

**Erfahrene Textil- und Lebensmittelverkäuferin** sucht Arbeit in diesem Bereich, Frau Gashi, Tel 0680 330 26 23, E-Mail: remzije.g@hotmail.com

**Pädagoge 40+** sucht längerfristige Beschäftigung (Vollzeit) mit Weiterbildungsmöglichkeiten. Ich habe Berufserfahrung im pädagogischen Bereich als Erzieher und Elternberatung, Logistik (Lagerarbeiten). Ich bin kontaktfreudig und organisiere gerne. Vorstellbar ist für mich eine Stelle im Kundenservice, wo ich Menschen mit ihren Anliegen, Wünschen und Beschwerden beratend helfen kann. Tel. 0664/54 15 659 (tagsüber)

**Male und lackierte Fenster, Türen, Zäune** innerhalb 3 Tage nach Anruf. Vartan Bedrosian, Interior Decorator, Ungarn. Tel: 0650/7212 289 ab 14 Uhr. E-Mail: vartan.bedrosian@yahoo.co.

**Tagesmutter** (Volkshilfe) im Raum Gries – nahe Zentralfriedhof hat ab sofort Mo.-Do. von 7.00 - 15.30 und Fr. bis 13.00 Betreuungsplätze für Kleinkinder frei. Garten vorhanden. Tel. 0316/ 275 909.

**Wohnung gesucht**

Pflegehelferin sucht aus beruflichen Gründen **kleine Garconniere** im Raum Andritz mit Balkon. Anrufe unter 0664/3970585 tagsüber.

**zu verkaufen:**

**2 Fauteuils** neu, zierlich, mit schwarzem Leder bezogen, auf Rollen, günstig zu verkaufen. Tel. 0664/ 64 14 660

**Autoradio mit CD-Player, Ericsson Freisprechanlage** inkl. Bedienungsanleitung gratis zu vergeben. Anfragen unter 0316/ 71 24 79 von 9-12 Uhr



Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstraße 113, Graz, Tel. 0316 / 68 42 12. <http://www.landestierschutzverein.at>

**TIERECKE**

**Tommy** ist ein kastrierter Findlingskater, sehr verschmust, der gerne endlich ein richtiges Zuhause hätte.



**Yakari**, Collie-Mischlingsrüde. Er ist sehr bewegungsfreudig, wird gerne beschäftigt. Er mag leider keine Mopedfahrer. Sonst sehr brav.



**Wanda** ist eine 4-jährige Sharpei Hündin, die bei uns landete. Sie geht gerne spazieren und braucht ein Zuhause, wo sie bleiben darf.



**Samy** ist ein Mischlingsrüde, kastriert, er braucht unbedingt jemand mit viel Zeit, der sich viel mit ihm beschäftigt und unbedingt einen hohen Zaun. Sehr menschenbezogen und verspielt.



**Flocki** ist ein Kaninchenrammler, kastriert. Er bräuchte am besten weibliche Gesellschaft im privaten Reich.



**Agu** ist ein Chinchillabock, der 2012 geboren wurde. Er braucht Gesellschaft und einen Kenner der Rasse, die sehr alt wird.

**Wohnzimmernatur**, ausziehbar, 2 Fauteuils und Tisch aus Teakholz, zu verkaufen. Renate Caresani, 8020 Graz, Tel. 0316 / 71 39 41, am besten morgens oder mittags.

**Wir veröffentlichen kostenlos Ihre Kleinanzeige:** Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 0316 / 71 62 91 [stadtblatt@kpoe-graz.at](mailto:stadtblatt@kpoe-graz.at)



Das tägliche Leben muss leistbar bleiben!

**Es reicht. Teuerung stoppen!**

Ist mein Mietvertrag korrekt?  
Wie kann ich um Wohnbeihilfe ansuchen?  
Werde ich vom Vermieter über den Tisch gezogen?  
Komm vorbei! Keine Anfrage, kein Anliegen ist zu gering. Es geht schließlich um dein Geld!

# MIETRECHTSBERATUNG

Mit Wohnungsstadträtin ELKE KAHR.

**10. Oktober | 14. November**  
Uni Graz | Vorklinik | 12-14 Uhr

**KSV & KPÖ GRAZ**

**RADIO HELSINKI**  
Freies Radio Graz

**92,6 MHz**

**BRUNCH am Grünanger**  
SMZ Liebenau, Tel. 42 81 61

Sozialmedizinisches Zentrum

Wir treffen uns auf ein spätes Frühstück und einen netten gemeinsamen Vormittag... jeden ersten Donnerstag im Monat **Großes Frühstücksbuffet** (Kostenbeitrag 3,00 Euro) **Nächster Termin: Do. 1. Nov 10:00 - 11:30 Uhr** Andersengasse 32, 8041 Graz, (WIKI Jugendzentrum), Buslinie 34 E, gegenüber Haltestelle Theyergasse

Elke Kahr. **KPÖ**

Wir machen bei Teuerungen nicht mit

Für ein leistbares Leben!



Unterstützen Sie die Unterschriftenaktion der KPÖ Graz! Die Privatisierungspolitik der letzten Jahren muss rückgängig gemacht werden, damit wir wieder Einfluss auf die Gebühren und Tarife bekommen.

Ein Beispiel: Für ihre eigenen – ausgelagerten – Immobilien muss die Stadt Graz bereits über 17 Millionen Euro pro Jahr Miete zahlen.



# GEBÜHRENSTOPP statt Teuerungsautomatik!



## Landeshauptmann Voves! Bürgermeister Nagl!

Die Teuerung bei Energie und bei kommunalen Abgaben (Kanal, Müllabfuhr, Wasser) ist höher als die offizielle Inflationsrate. Sie frisst die Lohn- und Pensionserhöhungen auf und verteuert die

Wohnkosten. Das ist die Folge von politischen Fehlentscheidungen. Zuletzt hat der Gemeinderat eine Tarifierhöhungsautomatik für Kanalgebühren, Müllabfuhr und Wasser durchgesetzt. Unter Landeshauptmann Voves hat es bereits sechs Strompreiser-

höhungen gegeben. **Dagegen müssen wir uns wehren.** Wasser- und Energieversorgung, eine funktionierende Abfallwirtschaft und weitere kommunale Dienstleistungen sind Voraussetzung dafür, dass eine Stadt lebenswert ist. Verkehrs-, Kultur- und Kom-

munikationsmöglichkeiten müssen für alle erschwinglich sein. Der demokratisch gewählte Gemeinderat sollte den verantwortungsbewussten Umgang mit der Daseinsvorsorge gewährleisten, statt den Anstieg der Armut zu fördern.

**Wir fordern: Gebührenstopp bei Strom, Fernwärme, Gas, Heizöl, Kanal, Müllabfuhr und Wasser.**

Name	Anschrift	Datum, Unterschrift
Name	Anschrift	Datum, Unterschrift
Name	Anschrift	Datum, Unterschrift
Name	Anschrift	Datum, Unterschrift
Name	Anschrift	Datum, Unterschrift

Diese Unterschriftenaktion ist eine Initiative der KPÖ - Elke Kahr. – [www.kpoe-graz.at/teuerung.phtml](http://www.kpoe-graz.at/teuerung.phtml)  
Informationen: KPÖ-Graz Volkshaus, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Telefon (0316) 71 24 79, Fax (0316) 71 62 91, Unterstützungserklärungen bitte an obenstehende Adresse senden oder bei den Aktivist/inn/en der KPÖ abgeben.